





Welchen Sie daheim mit Ihrer treifinnigen Bildung, die im Schweinefall geboren und auf dem Misthaufen genährt wird. Ihre ganze Tinte und Druckerwärme fließt nach Mißsicht, den Sie Ihren Lesern d. h. Abonnenten zu trinken geben. Ein wahrer Menschenfreund.

## Ausland.

### Zu den Vorgängen in Ungarn.

Das offizielle Teutschbureau meldete in letzter Zeit über die Vorgänge in Ungarn sehr wenig, und seit Mittwoch vermag es gänzlich, obgleich die Wogen der Empörung in Ungarn hochgehen. Offenbar sind höhere Mächte im Spiel, denen die Demonstrationen in Ungarn höchst unangenehm sind, und die daher ein Interesse an der Unterdrückung der Meinungen haben. Uns wird berichtet: Dienstag Abend wurden in vielen Städten Demonstrationsversammlungen abgehalten, die scharfe Stellung gegen die Regierung nahmen, und in welchen auch eine republikanische Propaganda nicht fehlte. An die starkbesuchten Versammlungen schloß sich Demonstrationen durch die Straßen. In den angenommenen Resolutionen wird das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert und gegen das schändliche Vorgehen in Budapest flammender Protest erhoben. Gleichzeitig wurde in Budapest erklärt, daß die Streikbewegung größere Ausdehnung annehmen werde, wenn die Regierung die Wahlrechtsfrage nicht in kürzester Frist im Reichstage auf die Tagesordnung setzt.

In Debreczin sind die Geschäfte noch immer geschlossen und der Straßenbahnverkehr stockt. Hier nehmen am Mittwoch die Streikenden die Arbeit wieder auf. — In Szabadka kam es Dienstag Abend zu Zusammenstößen mit der Polizei. Revolvergeschosse fielen auf beiden Seiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Krassó demolierte die empörte Menge das Haus des Präsidenten der Regierungspartei. Etwa 20 Personen wurden verletzt. — In anderen Orten verließen die Parteien Anlagen eine weite öffentliche Bewegung.

In einer Konferenz der oppositiven Parteien wurde beschlossen, den schärfsten Kampf weiterzuführen, bis der vor dem 1. Juni vorhandene Stand der Dinge wieder hergestellt ist. Friedensverhandlungen seien unter dem gegenwärtigen Präsidium ausgeschlossen. Nach Beendigung der Verhandlung wurde die Internationale und das Volkswort gelungen.

### Die Wahlrechtsfrage in England.

Aus London schreibt man: Die Parlamentarier sind in ihrer zweiten Session, aber die Regierung hat noch nichts getan, um ihr definitives Versprechen, in dieser Session eine umfassende Wahlreform einzubringen, einzulösen. Nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Asquith soll diese Regierungsvorlage das allgemeine Männerwahlrecht sichern und es dann dem Parlament selber überlassen, ob es das allgemeine Wahlrecht auch auf die Frauen ausdehnen will oder nicht, beziehungsweise ob es das allgemeine Männerwahlrecht durch ein beschränkteres Frauenwahlrecht ersetzen will. In allen Fällen wurde die Regierung ein solches Amendement, sobald es das Unterhaus passierte, als ungesetzlichen Bestandteil der Wahlreform betrachtet. Dieses Versprechen hat dem ganzen Kampfe um das Frauenwahlrecht eine neue Wendung gegeben, so daß heute die Bemühungen aller Anhänger des Frauenwahlrechts auf diese Wahlreformvorlage gerichtet sind. Bisher ist aber, wie gesagt, nichts geschehen. Tagelang hat die Regierung einen Versuch gemacht zur Abfertigung des Wahlrechts eingebracht und sich demselben in immer bestimmterem Maße widersetzt. Die Sache ist deshalb sehr dringlich, weil die Wahlreform schon in dieser Session im Parlament erledigt werden muß, soll sie gemäß den Bestimmungen der Parlamentarier auch gegen den selbstverständlichen Widerstand des Oberhauses während der Dauer des gegenwärtigen Parlaments Gesetz werden. Vermutlich es die Regierung, im Laufe der letzten Session die Wahlreform zu erledigen, kann ist das gleichbedeutend mit der Erklärung, daß sie die Wahlreform überhaupt endgültig fallen läßt.

Ansehnlich dieser Sachlage haben die Wahlrechtsfreunde wieder eine energische Agitation begonnen. Am Sonnabend fand in London eine vom Volkswahlrechtsverband einberufene Konferenz statt, an der 103 liberale, radikale, sozialistische, gewerkschaftliche und Arbeiterorganisationen durch mehr als 200 Delegierte vertreten waren. Den Vorsitz führte der Sekretär der Arbeiterpartei Arthur Henderson und die namhaftesten Redner waren mehrere radikale Abgeordnete, der Arbeitervertreter Snowdon und der Präsident der Y. L. W. Henderson. Es wurden Resolutionen angenommen, die die schärfste Einlösung des Versprechens des Ministerpräsidenten und das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter fordern. Henderson und Snowdon erklärten, daß sie gegen die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage stimmen würden, wenn diese als Erlaß der Wahlreform gedacht sei.

Seitdem die Versammlungsvorlage durch das Ablehnen einer Anzahl liberaler Abgeordneter im Unterhause abgelehnt wurde, sind zwischen den Frauenrechtlerinnen und der Arbeiterpartei viel engere Beziehungen zustande gekommen, die heute beinahe nach einem formellen Bündnis aussehen. Die Frauenrechtlerinnen haben entdeckt, daß sie in der Arbeiterpartei die einzigen verlässlichen Freunde des Frauenwahlrechts haben und während sie bisher nur die ausgesprochenen Gegner des Frauenwahlrechts bekämpften, sind sie jetzt geneigt, die Arbeiterpartei gegenüber allen anderen Parteien zu unterstützen.

### Der sozialistische Parteitag.

Die Partei tritt in die Wahlbewegung ein, stärker und eifriger als je zuvor, heißt es in dem Telegramm, das den Genossen Tebs von seiner Aufstellung als Kandidat für den Reichstag berichtet. Der Verlauf des Parteitags, wie die Entscheidung der letzten Jahre bezeugt, ist das beste Wort. Die Einigungskonvention von 1901, die wie dieser Parteitag in London stattfand, bildete auf eine Mitgliederzahl von 4000. Heute ist mit etwa 160.000 organisierten Genossen zu rechnen. Über 300 Propaganda in allen möglichen Sprachen vertreten die Ideen der Bewegung, die seit dem Sieg in Wilnaufsteig von Sieg zu Sieg geschritten ist.

Etwa 300 Delegierte, zu drei Vierteln in den Vereinigten Staaten geboren, waren erschienen. Eine größere Meinungsverschiedenheit zeigte sich außer in der Frauenwahlrechtsfrage fast nur bei dem Antrag, der die Propaganda der Sabotage und anderer sozialistischer Methoden mit dem Ausschluß aus der Partei bedrohte. Dessen Annahme erfolgte nur mit 191 gegen 90 Stimmen. Fast ein Drittel der Delegierten trat hier für die schon radikalere Methode ein: eine Frucht der Gewalttätigkeit des Trustkapitals und der seiner Weisungen gebotenen Behörden. Dagegen wurde die Resolution zur Gewerkschaftsfrage, die jede Einmischung in die innere Organisation der Gewerkschaften ausschließt, aber den sich vollziehenden Fortschritt zum Industrieverbandssystem begrüßt, einstimmig angenommen. Genosse Legien, der dem Parteitag als Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung betitelt war, hatte den Standpunkt unserer Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in einer begeisterten aufmerksamen Rede dargelegt. Das Agrarprogramm, das bis dahin stets abgelehnt worden war, wurde nach einer eingehenden Debatte über die Nationalisierung des Bodens gegen wenige Stimmen angenommen. Eine weitere Streitfrage: die Stellung zur asiatischen Einwanderung, wurde durch Klärung der Sache am Samstag abgelehnt. Die Mehrheit des Komitees hatte unbedingte Aus-

schließung, die Minderheit bedingungslos die Zustimmung empfohlen. Nur mit 137 gegen 86 Stimmen wurde nach längerer Debatte die Forderung des Ausbaus des Reichs beschlossen. Die starke Minderheit soll hier besonders auf, da sich doch heute schon die Forderung einer Unionstaat nach dem anderen erobert. Im Gegensatz zu den Konventionen der bürgerlichen Parteien, auf denen die Kandidatenfrage die eingehendste Debatte hervorruft und oft eine Kolumne von Abstimmungen erfordert, wurde diese Kandidatenfrage von unseren Genossen auf eine einfache gestiftet. Man schloß von vornherein jede Debatte über die Personen aus. Und die Wahl kam beide Mal im ersten Wahlgang zustande. Tebs wurde mit 165 Stimmen gewählt, während Seidel-Wilmauer, der frühere Mayor, 56, Russell-New York 51 Stimmen erhielt. Einige andere Kandidaten waren zurückgewiesen. Als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl wurde dann Seidel mit 159 Stimmen gewählt. Dan Hogan-Victoria erhielt 73, Stabon 24 Stimmen.

Unter der Aufsicht fortgesetzter Arbeiten und Beschlüsse sind zu nennen: Resolutionen zugunsten einer alkoholgegnereichen Propaganda (sehr bemerkenswert bei der ablehnenden Stellung der Partei gegen die vielfach mit Irdischkeit verbundenen Prohibitoren) — gegen militärische Jugendausbildung — gegen die Fällung von Einwanderungsbeschränkungen — gegen die Entlassung des Richters Sanford in Seattle (Washington), der einem eingewanderten wegen seiner sozialistischen Gesinnung das Bürgerrecht verweigerte, unter anderem am Tom Mann, der in England wegen Warnung der Arbeiter, auf Dreifelder zu schießen, verurteilt wurde, sandte man ein Begrüßungstelegramm. Eine Neuregelung der Stellung der fremdsprachigen Organisationen wurde auf Antrag der vorhandenen fremden Organisationen beschlossen, fernor der Parteileitung die Verfügung zur Errichtung einer eigenen Druckerei erteilt und die Schaffung eines Presse-Informationsbureaus beschlossen. Schließlich wurde eine neue Parteiorganisation beschlossen. Als Parteileitung fungiert das Nationalkomitee, bestehend aus den Sekretären sämtlicher Staaten und den übrigen durch Referendum (je 1 auf 300 Mitglieder) gewählten Vertretern. Dieses kann eine Exekutive von 5 und ein Komitee (kontrolliert) von 7 Mitgliedern ernennen. Es tritt jährlich einmal zusammen. Abschluß mit 118 gegen 98 Stimmen wurde ein Antrag, die Wiederwahl zu beschließen, ebenfalls die Forderung, daß Abgeordnete zum Kongreß ihre Ämter nur vor der Parteileitung niederlegen sollen. In einer Kandidatur für ein öffentliches Amt wird Tebs, zur Parteidelegation dreijährige Parteimitgliedschaft als Bedingung aufgestellt.

Wie bei allen Parteien, wurde eine Plattform (Wahlprogramm) nach gründlicher Kommissionsberatung aufgestellt. Sie unterteilt sich von den anderen durch die einschneidende Forderung der Veränderung und die arbeitssozialistische Forderung, wobei dann eine Menge aktueller politischer und wirtschaftlicher Programmpunkte folgt. Dieses Programm ist so dringlich und so bedeutend für die heute die Welt zerschüttelnden Veränderungen, daß es eine besondere Beachtung verdient. Es ist aber hier nicht möglich, daß dieser abgesehen von den alten, in schärferen Formulierungen und persönlichen Streichen veränderten Parteilisten erhebt sich eine neue gewaltige Macht die nach Jahrzehnten mühsamer und erfolgreicher Arbeit um im Fortschritt vorwärts und herunten erweist, in absehbarer Zeit das ganze politische und wirtschaftliche Leben des gewaltigsten sozialistischen Gemeinwesens der Welt auf ganz neue, im Kern andere Grundlagen zu stellen.

Der Sozialismus in der belgischen Armee. Nach bürgerlichen Meldungen nahmen diese Tage in Gent mehr als 100 Soldaten in Uniform an einer Versammlung im sozialistischen Vereinshaus teil. Am folgenden Tage verweigerten in der Kaserne des 2. Infanterie-Regiments 40 Mann den Dienst. Als das Regiment im Kasernenhof zum Abmarsch bereit stand, traten sie plötzlich außer Reich und Glied, schwenkten die Gewehre und brachten Hochrufe auf die soziale Revolution aus, indem sie sich entschieden weigerten, mitzumarschieren. Den Offizieren gelang es nur mit großer Mühe, zu verhindern, daß die übrige Mannschaft das Gleiche tat. Sechs der meuternden Soldaten wurden verhaftet. Auch in anderen belgischen Kasernen sollen sich in den letzten Tagen ähnliche Vorgänge ereignet haben. Die belgische Regierung befürchtet, daß in den bevorstehenden Wahlrechtskämpfen die Armee im entscheidenden Augenblick versagen und daß Soldaten die Bahnen Portugals wandern wird.

Die Meldungen stammen zwar aus Quellen, die der Sozialdemokratie überliefert sind, und werden zu dem Zweck verbreitet, gegen den Sozialismus zu heben, immerhin sind sie beweiskräftig dafür, daß eine Regierung, die das Volk gegen sich hat, schließlich auch der Armee nicht Herr bleibt. Das hat sich bereits in mehr als einem Staate gezeigt und sollte die Machthaber veranlassen, sich gegen Forderungen des Volkes weniger hartnäckig zu ströuben.

Zum Naramer Attentat. Die Untersuchung über das Attentat auf Cuvaj soll ergeben haben, daß der Täter Justiz mehrere Mitschuldige hat, die verhaftet wurden, darunter ein gewisser Bascich, der eingestanden haben soll, daß er an einem Komplott, das gegen verschiedene Politiker gerichtet sei, teilgenommen habe.

Die Zahl der ausländigen Dockarbeiter. Nach einem Bericht der Gewerkschaft der Dockarbeiter beträgt die Zahl der Ausländigen in Swansea 3000, in Plymouth 3500, in Southampton 6000, in Bristol 7000, in Charpyne 2000, in Salford 4500; die Gesamtzahl der Ausländigen im ganzen Lande beläuft sich auf 43.000.

Das neue portugiesische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Präsident und Vizepräsident: August Vasconellos, Inneres: Nunes Oliveira, Finanzen: Jose Beneditos, Krieg: Oberst Beretra Coa, Marine: Joao Mendes, Öffentliche Arbeiten: Regas Santos, Kolonien: Coaquiel Campos, Justiz noch unbesetzt. Die neuen Minister gehören keiner parlamentarischen Gruppe an, die meisten sind überhaupt nicht Mitglieder des Parlaments.

Ein schwedischer Tabaktrust. Nachdem die auf Errichtung eines Staatsmonopols gerichteten Bestrebungen abgefallen sind, hat sich in Verfolg eines mehrere Jahre alten Plans aus 36 Fabriken eine Aktiengesellschaft gebildet, der weitere Firmen beitreten werden. Das Kapital soll ca. 15-45 Mill. Kronen (17-50 Mill. Mark) betragen, wozu eine Anleihe von 5 Mill. Kronen kommen soll. Die Auflösung der alten Firmen soll nur allmählich durchgeführt werden. Mehrere große Firmen stehen noch außerhalb.

## 13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, 7. Juni 1912.

Heute morgen erfolgte die Abstimmung über die vom erweiterten Vorstande eingereichte Verschmelzungsresolution. Vor der Abstimmung gab Ramelow-Hamburg im Namen derjenigen Delegierten, die für Verschmelzung aber gegen die Urabstimmung sich ausgesprochen, die Erklärung ab, daß sie alle, um die Sache zu einem einheitlichen Abschluß zu bringen, für die Urabstimmung stimmen würden. Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen. Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaftem Bravo entgegengenommen. Boyer-Berlin schloß daran nur noch die ersten Worte,

so einzig wie man hier für die Verschmelzung stimmt, so stark und Mann für Mann auch zu Hause für diesen Beschluß auszutreten.

Dann gab Schmitz-Mannheim den Bericht der Verschmelzungsmission über den Antrag an den Vorstand. Die Verschmelzungsmission hat in dem Antrag an den Vorstand gefordert, den betreffenden Ausschüsse eine Mission zu erteilen, im übrigen aber die als Verhandlungsmittel anzunehmen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Gleichfalls angenommen wurde dann ein Antrag des erweiterten Vorstandes, die Revision des Statuts zu unterbreiten und das alte Statut bis zum Eintritt des Verbandes bestehen zu lassen. Damit waren alle darauf bezüglichen Anträge hinsichtlich geworden.

Dann erstattete Gaußler Ritter-Mannheim das Referat über Punkt 6 der Tagesordnung: Die Verteilung des Affordordbezirktes zwischen Feuerschmied und Jungschmied. Der Jungschmied ist nicht etwa ein junger Schmied, sondern derjenige Arbeiter, der beim Feuerschmied als Helfer ist. Er kann unter Umständen älter als der Feuerschmied sein. Die Anträge des Referenten und die Sache, um die es sich handelt, sind in einer von ihm eingereichten Resolution klar zum Ausdruck gebracht. Wir bringen daraus den Teil zum Ausdruck, in dem es heißt:

„Es zeigt sich vielfach, daß der Verdienstunterschied zwischen Feuerschmied und Jungschmied zu groß, der Lohn des Jungschmiedes zu niedrig bemessen ist. Eine Verringerung des Verdienstunterschiedes und Annäherung des Jungschmiedelohnes an den Lohn des Feuerschmiedes ist in vielen Fällen angebracht, womit nicht gelagt sein soll, daß dies auf Kosten der Feuerschmiedes geschieht. Günstig zu bewerten ist jene Entlohnungsmethode, wonach der Feuerschmied im Afford arbeitet und allmählich entlohnt wird, während der Jungschmied im Zellrohr entlohnt wird, dabei aber mit im Afford arbeiten muß. Diese Methode widerspricht der Moral und Gerechtigkeit, da sie dem Jungschmied zum Ausbeutungsobjekt nicht nur des Unternehmers, sondern auch des Feuerschmiedes darstellt.“

Als nächste Aufgabe zur Lösung der Frage betrachten die Delegierten:

1. Behandlung und Klärung der Angelegenheit in Wort und Schrift durch die Kollegen selbst;
2. Bernahme von statistischen Beobachtungen über das ganze Reich über die vorhandenen Zustände auf dieser Seite;
3. Abfassung einer in alle Reichsteile zu versendenden Broschüre der Schmiede Deutschlands, die an der Hand des gewonnenen statistischen Materials die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit vorzuschlagen hat.

Der erste Diskussionsredner, Gaußler Paulsch-Magdeburg, stellte der Mittlichen Resolution eine andere Resolution gegenüber, die im wesentlichen dasselbe besagt, aber kürzer gefaßt ist. Es folgte dann eine eingehende Aussprache, worin Peter (Kaußler), Schöler (Kaußler), Schick (Metallarbeiter), Müller (Hildesheim), Bömann (Bergheim), Klotz (Salle), Schmitz (Hildesheim), Schick (Berlin) das Wort ergriffen. Es zeigte sich, daß die Frage gegenwärtig unumgänglich ausgiebig behandelt werden kann, weil die notwendigen statistischen Unterlagen fehlen. Zudem wurde allgemein anerkannt, daß es auf dem angeregten Gebiete dringend eines Eingreifens und einer Regelung durch die Organisation bedarf, da ganz unhaltbare Mißstände bestehen. Es soll deshalb in den nächsten Zeit die Frage eingehend studiert, das Material gesammelt und auf Berufskonferenzen an die Stelle gesammelt werden. Auf Vorschlag von Wassner-Berlin wurden beide Resolutionen zurückgezogen und sich mit der Aussprache begnügt, durch die die Sache in Ruhe gebracht ist.

Düsseldorf, den 7. Juni.

Nach Schluß der Tagesordnung wurde ein Antrag Düsselbors dem Vorstande zur Verlesung überreicht, beim Reichstage eine Petition einzubringen, die die Abschaffung des Beschlagnahmeverbotes zur selbständigen Ausbildung des Aufbeschlagverbot verlangt. Dann erstattete der zweite Vorsitzende Kampf den Bericht vom internationalen Sozialistenskongreß in Kopenhagen und vom vorjährigen Verbandstage des deutschen Schmiedes- und Metallarbeiter-Verbandes, denen Kampf als Vertreter des deutschen Schmiedeverbandes betitelt war. Der Verbandstag erklärte sich ohne Diskussion mit den Beschlüssen einverstanden. Stering-Berlin gab den Bericht vom 6. Internationalen Metallarbeiter-Kongreß in Birmingham, zu dem Stering und der Zentralvorstande der Organisation als Delegierte des Schmiedeverbandes entsandt waren. Auf dem Kongreß waren 13 Länder und 77.800 organisierte Metallarbeiter vertreten. Stering legte vor allem dar, wie der ganze Kongreß beherrscht war von dem Gegensatz zwischen den englischen und den kontinentalen Organisationen. Beide Redner, Stering wie Kampf, verteten den Standpunkt, daß die internationalen Tagungen durchaus notwendig sind zur Verständigung und Verbrüderung der Arbeiter der einzelnen Nationen. Auch der Steringsche Bericht wurde ohne Diskussion akzeptiert. Danach gab Peter-Siebing den Bericht vom Dresdener Gewerkschaftskongreß, der ebenfalls ohne Diskussion entgegengenommen wurde.

Beim Punkte Wahlen wurde auf Vorschlag von Wassner-Berlin einstimmig beschlossen, den jetzt bestehenden Vorstand und Ausschuß bis zum Tage der Verschmelzung in ihren Funktionen zu belassen. Dann wurde beschlossen, bei etwa noch folgenden Verhandlungen mit dem Vorstande des Metallarbeiterverbandes wegen des Uebertritts des Kollegen Wassner-Berlin hinzuzuziehen. Es wurde dann ein Antrag der Füllas-Salle auf Erlass von Füllas-Berlin angenommen und die gleichen Anträge einer Reihe anderer Kollegen dem Vorstande zur Prüfung und Erledigung in dem Sinne überreicht, daß Schulden der Füllas beim Uebertritt nicht nachbleiben. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Nach herzlichen Abschiedsworten des Kollegen Stigl. Wien sprachen Schick (Metallarbeiter) und der Verbandsvorsitzende Kampf ein habendes Schlusswort. Sie gingen von dem Gedanken aus, daß die Verschmelzung perfekt werden würde und daß durch eine harmonisches Zusammenarbeiten in der Einheitsorganisation die großen Fragen, die man bis jetzt infolge der Herbeiführung nicht lösen konnte, besser im Sinne der Arbeiterchaft gelöst würden. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag geschlossen.

## Arbeiterbewegung.

### Der Gerüstbauerstreik in Essen erfolgreich beendet.

Nach beinahe vierwöchentlichem Kampfe gelang es dem Leitergerüstbauern in Essen, die ausnahmslos dem Transportarbeiterverbande angehören, einen dreijährigen Tarif abzuschließen. In der Hauptsache wurde eine Neuregelung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes für Gerüstarbeiter von 55 auf 60 Pfennig, für Vorarbeiter von 80 auf 65 Pfennig und für Kuliher eine Erhöhung des Wochenlohnes von 30 auf 32,50 Mark. Die Zulagen erfolgen stufenweise. Trotz den zahlreichen „Eingeleuten“ und dem rücksichtslosen Vorgehen der Polizei, die das Streikverbot unmöglich machte und sogar den Leiter der Gerüstbauer des Verbandes, den Genossen Kimmritz wegen „verbotenen“ Aufenthaltes in den Straßen, in denen die befreiten Betriebe lagen, verhaftete, haben die Streikenden, die wie ein Mann im Kampf standen, den Sieg errungen. Die Arbeit wurde am 1. d. Mts. in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Klenck. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 7. — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von F. A. Schick, G. m. b. H. — sämtlich in Berlin. Preis 2 Pfennige.





unter denen wir uns jetzt durchschlagen müssen, sind so widerwärtig, daß man lieber heute als morgen aus dem öffentlichen Leben ausscheiden möchte. Ich sage das aus dem tiefsten Grunde meines Herzens heraus. Möge man das überall beherzigen, wohn meine Worte dringen!

Hat eine Partei, die so fiebert, das Recht, sich über die kleinen Differenzen der Sozialdemokratie, über die Göttinger Parteibrüder oder das Verbleiben Landsbergs im Sitzungssaal beim Kaiserhof lustig zu machen? Wir denken, die Herren, die sich ebendieser noch der Leitung durch Volkes Hand rühmen, hätten genug vor der eigenen Tür zu stehen.

### Rückschau auf die Flugtage.

Der zuerst verschollene Flieger Müller, Pseudonym Bergmann, mit seinem Passagier, Leutnant Schürzel, hatte die Oberberg einen guten Flug. Hierauf kamen sie durch Nebel und Gewitter. Infolgedessen verloren sie die Orientierung gänzlich. Als sie sich gegen hundert Meter über dem Erdboden befanden, bemerkten sie, daß sie über Wäldern schwebten. Sie suchten eine kleine Waldwiese auf, wo sie glatt landeten. Der Platz liegt in der Nähe des Dorfes Stettin im Kreise Troppau. Sie waren also wieder zurückgetrieben. Bergmann und Schürzel fuhren mit der Eisenbahn nach Wien, wo sich Bergmann heute früh persönlich bei der Luftschiffer-Abteilung meldete.

### Bei der Preisverteilung

Schnelbel Girth, der als einziger in Wien angekommen ist, weist aus am besten ab. Auf die 47.100 Kronen, die im umgekehrten Verhältnis der Flugzeiten an alle Teilnehmer verteilt werden sollten, hat er allein Anspruch. Dazu kommen zwei Gulapreise von je 300 Mark für die beste Gesamtleistung und für den ersten in Wien Angekommenen. Von dem Kilometerpreis von 2000 Mark für alle Flieger, die mindestens bis Breslau gekommen sind, erhält Girth über 6000 Mark, doch fällt an Blasko, der ja fast die gleiche Strecke zurückgelegt hat, eine nicht viel geringere Summe. Ferner werden an diesem Preise noch beteiligt Müller und Krieger. Girth erhält neuer 6000 Mark von dem Preis des preussischen Kriegsministeriums für den besten Deutschen auf deutschen Flugzeug; zugleich nimmt das Kriegsministerium die Bestellung eines Kumpfer-Flugzeuges in Aussicht. Von den Ehrenpreisen erhält Girth den Ehrenpreis der Stadt Wien für das beste Gesamtergebnis und den des Landes Niederösterreich für den ersten angekommenen deutschen Flieger. Sein Begleiter Leutnant Schürzel hat Anspruch auf den Preis des Prinzen Friedrich Sigismund für besondere Leistungen eines Passagiers. Die Flieger Blasko, Wimer und Krieger können, wie bereits gesagt, nur auf den Kilometerpreis Anspruch erheben, doch ist es wahrscheinlich, daß Blasko noch einen Trostpreis erhält.

### Die mangelhaft geprüften Maschinen.

Daß eine ganze Anzahl der zu dem Fluge gemeldeten Apparate überhaupt nicht startete oder beim Start scheiterte, lag daran, daß man Maschinen neuer Typen gemeldet hatte, die noch nicht genügend ausprobiert waren. Die Piloten, die ausreichten waren, sie zu steuern, waren meist erfahrene, einsatzreife Flieger, die auf erprobten Flugzeugen Gutes geleistet hatten. Die österreichische Industrie hat geüberten Maschinen noch besser abgeprüft als die deutsche, denn der Kumpfer-Eindecker des Siegers ist nach dem Vorbilde der österreichischen Erich-Taube gebaut. Blasko steuerte einen österreichischen Lohner-Zweidecker, eine vorzügliche Maschine, und Müller und Stangl benutzten zwei verschiedene Typen des bewährten Erich-Eindeckers. Kriegers Zeppelin-Apparat dagegen ist nach französischem Vorbild in Deutschland gebaut. Das

stehenden Mitteln gegen die Verbreiter von unethischen Schriften und Photographien, besonders in den Straßen Londons, vorgehen. Es gelang gestern, zwei im Alter von 22 und 37 Jahren stehende Männer zu verhaften, die in den Straßen von Piccadilly den Passanten obscüre Bücher und Photographien angeboten hatten. Sie wurden sofort vor den Gerichtshof des Magistrates gebracht, wo sie nach ganz kurzer Verhandlung verurteilt wurden. Bei der Urteilsverkündung erklärte der Richter, er bedauere es lebhaft, den Gefangenen keine härtere Strafe als neun Monate Gefängnis mit Zwangsarbeit und 25 Pfennigstrafe mit der sogenannten neunwöchigen Kasse, an deren Ende sich Bleiwägeln befinden, auferlegen zu können. Die letztere Strafe wird ihnen in zwei Intervallen verabreicht. Die erste Portion erhalten sie bei Eintritt der Haft, während sie den Rest beim Verlassen des Gefängnisses bekommen.

**Schweres Grabungsglück.** Auf der Grube „Knappschafstglück“ bei Neunkirchen riß bei der Personenbeförderung das Seil. Drei Arbeiter und ein Monteur stürzten in den Schacht und waren sofort tot.

**Selken im Arbeitsstittel.** In Newyork sprang am 12. Juni der Seemann Richter aus Stettin mit einigen unerkannt gebliebenen Kameraden in ein brennendes Haus und rettete unter schwerer Lebensgefahr eine Frau und einen Säugling.

**Die Ursache der Wöllersdorfer Explosion.** Die Ursache der Explosion des Objekt 43 in Wiener-Neustadt ist jetzt aufgeklärt. Es steht unzweifelhaft fest, daß die Explosion durch die Benzindämpfe des Pulverlastautomobils hervorgerufen wurde.

**Ein Schussmann erschossen.** Bei einer Wälfen Schlägerei, die zwischen Erdarbeiter in einem Nachtlokal des Pariser Vorortes Argenteuil ausgebrochen war, wurde einer der Schußleute namens Simas, der Frieden stiften wollte, erschossen. Sein Kollege Darne schwer verwundet. Einer der Erdarbeiter, der durch eine Schusswunde verletzt war, verfuhr über ein Gitter zu entkommen, wurde aber beim Ueberklettern auf einen Gitterstab aufgespießt und schwer verwundet aufgefunden. Der Haupturheber der Prügelei, der italienische Erdarbeiter Negro, wurde in einer Apotheke umweit Mesieres festgenommen.

**Kajtschlag gegen einen Pulverturm.** In Semlin (Bosnien-Ungarn), drangen in der Nacht zum 12. Juni unbekannte Männer auf den Wachtposten am Pulverturm ein und versuchten, ihn zu zerstören. Sie gaben eine Anzahl Revolvergeschosse ab, wodurch die Wache alarmiert und herbeigerufen wurde. Es gelang den Attentätern, unerkannt zu entkommen. Man vermutet, daß sie die Absicht hatten, den Pulverturm in die Luft zu sprengen. (?)

**Wasserkraftstoppe.** Mittwoch abend unternahmen bei Berlin drei Infanteristen mit zwei jungen Mädchen eine Bootsfahrt auf dem Tiesensee. Die Soldaten versuchten die Blöße zu wechseln, wodurch aber das Boot ins Schwanken geriet und umschlug. Zwei aufschreiend stürzten alle fünf in die Fluten. Es gelang nur 2 Personen zu retten, während die anderen ertranken.

Schmerzhaft des Flugwesens bleibt trotz des unerkennbaren Fortschrittes der Motor. So lange der Motor sicher arbeitet, kann, wie auch der Flug Berlin-Wien bestätigt hat, ein gutes Flugzeug heute schon einem ziemlich Unweiser trosten. Leider aber kann man sich auf die Motoren noch nicht unbedingt verlassen. Selbst der sonst so ausgezeichnete Mercedesmotor, mit dem Girth flog, hat seinen Piloten zu einer unwillkürlichen Bremsenabgabe bei Böbren, Kreis Guben, genötigt. Blasko, Müller und Krieger hatten noch mehr durch Motorpannen zu leiden. Nebenbei waren die Motoren aller Flugzeuge, die wirklich am dem Fluge teilnahmen, deutsche und österreichische. Die mit französischen Enome-Motoren ausgestatteten Maschinen kamen gar nicht in das Rennen. — Erwähnen wollen wir auch noch immer Abflug und Landung; beim Abflug liegt die Schuld auch oft noch am Motor, so bei den zwei Unfällen, die sich auf dem Gaudauer Geyerplatz ereigneten. Hier wird die deutsche Flugzeugindustrie und besonders die Motorenindustrie noch viel Arbeit zu leisten haben, aber die raschen Fortschritte, die in wenigen Jahren auf dem Gebiete des Flugwesens gemacht worden sind, lassen für die Zukunft das Beste erhoffen.

### „Magistrat und Sozialdemokratie“.

Mit schwerem Kummer hat das Transportarbeiterfest auf der Liebigshöhe die gerechtigkeitsliebende Zentrums Presse erfüllt. Sie nennt, wie das bei ihr üblich ist, den Verband einen sozialdemokratischen und der Umstand, daß in den Liedern das Wort „Freiheit“ vorkam und in der berühmten Litolfischen Ouvertüre Maximilian Robespierre die Marcellaise enthalten ist, genügt ihr, um die schöne Feler zu einer sozialdemokratischen Demonstration zu machen, über die die fromme „Schlesische Volkszeitung“ dann wie folgt berichtet:

Wir haben es hier also mit einer regelrechten sozialdemokratischen Demonstration zu tun. Und wer hat diese Demonstration auf einem städtischen Komplex ermöglicht? Die „Volksmacht“ gibt auf hierauf die Antwort, wenn sie schreibt, daß „der Magistrat dafür in bereitwilliger Weise die Liebigshöhe zur Verfügung gestellt“ hat. Diese Tatsache ist ja, eine treffliche Illustration zu der „Bereitwilligkeit“, mit der der Magistrat seinerzeit den „Genossen“ die Benutzung der Festhalle in Aussicht gestellt hat. Hält diese „Bereitwilligkeit“ gegenüber der Sozialdemokratie im Magistrat an, dann soll es uns gar nicht wundern, wenn beim nächstjährigen Maifest der Sozialdemokraten der Magistrat, wie dies in München der Fall war, auch noch die Frähenmatten liefert. Nebenfalls läßt dieser Vorgang wieder sehr tief blicken und ist gerade jetzt, angesichts der Haltung der Sozialdemokratie im Reichstag und im Abgeordnetenhaus, recht bezeichnend.

Das ist nicht die Leute, die über Intoleranz und Imparität schreiben, wenn ein katholischer Nachtwächter oder Laternenreiner zu wenig angestellt ist, die in ihrem Wahlspruch das Wort „Freiheit und Recht“ stehen haben und die Rechtfertigung der freigewerkschaftlichen Steuerzahler fordern. Ist eine eifrigere Heuchelei möglich?

Der Kummer der frommen Heuchelei ist übrigens noch nicht zu Ende. Die resolutionären Beratungen dieser gefährlichen Gesellen finden doch sogar im — Innungshaus der Fleischer, im „Deutschen Kaiser“ statt und schon mag die „Schles. Ztg.“, daß der Polizeipräsident den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die Strafen der Stadt für den Umzug freigibt. Magistrat, Fleischerinnung, Polizeipräsident — sie sind alle nicht mehr hieb- und stichfest gegen die rote Hande. Das sind nur noch Mumm, Zimbal, Bull und Pfeffer. Auf sie allein muß Staat und Christentum haften.

### Hochwasserichutz und Großschiffahrtsweg.

Im Mai 1911 hat sich die Stadtverordneten-Versammlung mit den Plänen der Staatsregierung zur Regelung des Hochwasserichutzs beschäftigt und dafür 3 Millionen Mark bewilligt. Dabei gab die Stadtverordneten-Versammlung dem Entwurf den Vorzug, der unter Benutzung des Schwarzwasser-tales die Durchflutung des Weidetales nur in dem bisherigen Umfang vorzö. Sollte jedoch das sogenannte Weidetalprojekt zur Durchführung gelangen, so wolle man sich unter gewissen Bedingungen, die sich auf die beschränkte Offenhaltung des Schützweidetales für den Eisgang und mit dem Hochwasser, die Verdrängung seines unteren Teiles und die dauernde Desflurung des Weidetales bezogen, auch mit diesem Entwurf abfinden.

Die Oberstrombau-Direktion hat inzwischen einen neuen Plan ausgearbeitet, der vorchriftsmäßig vier Wochen öffentlich auslag und von den meisten Beteiligten als zweckmäßig bezeichnet worden ist. Die Schiffahrtsinteressenten, der Preussische Landtag, der Provinziallandtag und nicht zuletzt die Breslauer Handelskammer haben sich grundsätzlich mit den darin enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt und nur einzelne Abänderungsanträge hinsichtlich der Einmündungshöhe des neuen Umgehungskanals, des Staues bei Kanfen u. a. m. gestellt. Der letzte Entwurf der Oberstrombau-Direktion entspricht im wesentlichen den früheren Wünschen der Stadt Breslau. Der Hauptkanal soll durch das Schwarzwasser-tal geführt und der neue Großschiffahrtsweg so geleitet werden, daß er oberhalb des städtischen Hafens in die Oder mündet. Allerdings hatte die Regierung ihre Beitragsforderung inzwischen von drei auf vier Millionen Mark erhöht, eine Forderung, die langwierige Verhandlungen zwischen Staats- und Kommunalverwaltung zur Folge hatte.

In den letzten Tagen sind diese Verhandlungen endlich abgeschlossen worden, und der Magistrat beantragt in einer umfangreichen Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung, sie möge beschließen:

1. Dem Hochwasserregulierungsentwurf nach der Verfügung des Herrn Oberpräsidenten vom 5. März 1912 wird zugestimmt.
2. Die Stadt Breslau verpflichtet sich, zur Ausführung dieses Entwurfes einen Pauschalbeitrag von 4 Millionen Mark zu zahlen, als Gesamtbetrag der Anteile im Sinne von § 7 des Hochwasserichutzgesetzes vom 12. August 1905, die infolge jener Bauausführung im gesamten Stadtgebiet, bei städtischen und anderen Grundstücken, und die ferner bei den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken in Grünziche, Zempel, Pircham, Schenning und Klein-Richand eintreten werden.
3. Es wird anerkannt, daß in § 12 des Gesetzes vom 17.22. Oktober 1895 über den Bau des Großschiffahrtsweges bei der Verbesserung der alten Schiffstraße durch die Stadt nach Bedürfnis nicht an das Bedürfnis des durchgehenden Schiffverkehrs nach Oberschlesien, also insbesondere nicht etwa an Schlepplugschleusen gedacht worden ist, sondern lediglich an den örtlichen Verkehr zwischen Unter-

wasser und Oberwasser zur unmittelbaren Ueberführung von Leinen, jeweils üblichen Schiffen aus der Eider-Ober, und damit aus dem städtischen Hafen in die obere Oder und umgekehrt.

Das tut wirklich not. Lange genug ist besonders von der Regierung hin und her beraten worden, bevor es zu einem greifbaren Ergebnis kam. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich jedfalls beeilen, damit die äußerst dringenden Arbeiten nicht noch mehr aufgeschoben werden.

### Die Polizeistunde auf dem Lande.

Während die Polizeistunde für Gastmischungen und Schankbetriebe in Breslau auf 11 Uhr abends festgelegt ist, gilt für die Lokale im Breslauer Landkreise immer noch die „Schlesische Dorfordnung“, die bereits das ehmalsige Alter von 100 Jahren überschritten hat. Nach dieser alten Dorfordnung dürfen die Wirte im Landkreise das Verweilen ihrer Gäste nicht länger als bis 10 Uhr abends dulden. Befaulich macht sich bei diesen Uebertretungen nicht nur der Wirt des betreffenden Lokals strafbar, sondern nach § 365, Absatz 1, Str.-G.-B. auch der Gast, der der Aufforderung zum Fortgehen nicht so gleich nachkommt. Die Aufforderung selbst kann vom Wirt, seinem Vertreter oder von einem Polizeibeamten ausgehen. Ein der Uebertretung angeklagter Gast kann mit Geldstrafe bis zu 15 Mark belegt werden, dagegen läßt das Gesetz gegen den Wirt Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen zu. Als Gastwirtin Auguste Müller in Maria-Söbchen verurteilt am 1. Mai d. J. ihr Vereinszimmer zur Waiserei an die organisierten Waiserei. Der Lotterieberer, der an jenem Abend in dem Vereinszimmer tagen wollte, verlegte seine Sitzung nicht, sondern hielt seine Versammlung in der Gaststube bis nach 10 Uhr ab. Der Polizeisergeant Schwanengel, der nach 10 Uhr an dem Lokal vorüberkam und Licht durchs Fenster schimmern sah, glaubte an ein unbefugtes Verweilen von Gästen über die gebotene Polizeistunde und er machte dem Wirt Anzeige. v. Wallenberg, davon Mitteilung. Der Strafbefehl, den die Lokalinhaberin kurz darauf zugestellt erhielt, lautete auf 30 Mark oder 10 Tage Haft. Sie erhob Einspruch und führte vor dem Schöffengericht auf, warum sie den Lotterieberer an jenem Abend im Gastzimmer habe tagen lassen. Nur wäre sie wohl auch freigesprochen worden, wenn nicht der Vorsitzende aus den Akten festgelegt hätte, daß auch einige Gäste, die bei der Angeklagten über Nacht bleiben wollten, in der Gaststube verweilt haben. Der Vorsitzende meinte, daß es die Pflicht der Lokalinhaberin gewesen wäre, die Gäste um 10 Uhr aus der Gaststube zu verweisen. Weil das nicht geschehen war, samte, wie gesagt, ihre Freisprechung nicht erfolgen, doch glaubte das Gericht die Strafverfügung auf drei Mark oder einen Tag Haft herabsetzen zu sollen.

\* **Am Grabe Cassales.** Die Kranzspende der Delegierten des Verbandes der Transportarbeiter trug folgende Widmung: „Du warst ein edler Mensch, ein großer Mann und unheimlich seinen Grundätzen. Unvergänglich bleibt dein großes Schöpferwerk, unsterblich ist der Geist, der dich belebte und in uns fortlebt.“

„Unsern geistvollen Denker und Stadtfürer, dem talentreichen Volkshelden Ferdinand Cassale, in dankbarer Erinnerung gewidmet von den Teilnehmern des 8. Verbandstages des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Breslau 9. — 15. Juni 1912.“

\* **Metallarbeiter aller Branchen.** Im Generalanzeiger vom 13. Juni werden Panbormer, Maschinenbormer und Dreher (Nichtverbänder) gesucht, die sich melden sollen Donnerstag und Freitag im „Hansa-Hotel“, Leichstraße. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Anzeigebanden als Streifbrocher in Pöbner (Thüringen) verwendet werden sollen. Wir erwarten von unseren Kollegen, daß sie strenge Solidarität üben und für Verhinderung des Zuguges nach Pöbner sorgen werden. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

\* **Sommerfest der Arbeiter-Jugend.** Sonntag, den 4. August, veranstaltet der Jugendauschuß der Breslauer Arbeiterkassen sein erstes Sommerfest im „Volksgarten“, Dsmig. Es werden Vorträge des Jugendchors, Darbietungen der Jugendturner, Gesellschaftsspiele, Preislegeln, Preisstiefeln usw. gegeben werden. Der Verband der Bildhauer Deutschlands wird unter Leitung des Herrn Wily Schumann den Teilnehmern ein gutes Konzert bieten. Die Gewerkschaften werden gebeten, für diesen Tag möglichst keine Veranstaltungen festzulegen und ihre Mitglieder auf das Fest hinzuweisen.

Sonntag, den 16. Juni, Ausflug nach Schillerpark. Abmarsch morgens 5 1/2 Uhr vom Striegauerplatz. Die Teilnehmer tun gut, wenn sie sich mit Lebensmitteln und Lieberbüchern versehen.

Am Freitag jeder Woche abends 7 1/2 Uhr werden vom Jugendheim, Matthiasstraße 46, aus kurze Spaziergänge in die nächtliche Umgebung Breslaus unternommen. Unseren jungen Freunden werden Kusche zum Preise von 2,75 Mark gegen Ratenzahlung im Jugendheim abgegeben. Wir bitten, von dieser Erleichterung Gebrauch zu machen.

\* **Vom Breslauer Fremdenverkehr.** Dieser Tage beuchten folgende Reisevereine Breslau: Reisevereine, Reisevereine, Technische Hochschule in Lemberg, Reisevereine, aus Jauernia, eine solche aus Hierucion, Handels-Akademie Königsgrätz, Vaugewerkschule Rattowitz, Mädchen-Abteilung der Kommunal-Handelschule Trautenau, Fachschule aus Grulich, Gewerkschule Krakau, Reisevereine Würbenthal, Bürgerschule Mährisch-Schönberg, ein Verein junger Kaufleute aus Trier. Der Aufenthalt in Breslau dehnte sich auf einen bis vier Tage aus. Beim Bureau des Fremdenverkehrsvereins sind für die nächste Zeit noch folgende Gesellschaften angemeldet: Reisevereine, Bürgerschule Jägerndorf, Bürgerschule Mährisch-Freimadon, die Volkshochschule aus Neustadt a. Mettau, eine Reisevereine aus Lubwischhafen und am 29. und 30. Juni ein Buchdruckmaschinenmeister-Verein aus Teschen.

\* **Der nächste Renntag in Breslau-Grünziche.** am 23. Juni, bringt als Hauptereignis den Festsprungpreis über 100 Kilometer zur Erinnerung an den soeben abgeschlossenen Festsprung Berlin-Wien. Dieses Rennen wird in drei Läufen zu 20, 30 und 50 Kilometer nach Kilometerwertung ausgetragen. Hierfür wurden Scheuermann-Breslau, Guylrecht-Belgien, Collins-America und der Breslauer Paul Fehomars verpflichtet. Fünf Fliegerrennen, von denen zwei für Herrenfahrer reserviert sind, werden das Programm vervollständigen.

\* **Achtung, Wälfen!** Freitag, den 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zum Gewerkschaftsfest. 2. Der Tarif in den hiesigen Brauereien. 3. Die Bierabflutung in der Schultze-Brauerei. Die Ortsverwaltung.

### Aus dem Landkreise.

**Neumarkt.** Die Sitzung des hiesigen Gewerkschaftsstartells findet nicht am Freitag, sondern am Donnerstag, also heute abend, statt.

**Rathenowitz.** Die städtischen der hiesigen Mäße Mittwoch Nacht einen Besuch ab. Sie drangen durch ein Fenster ins Kontor, wo ihnen etwa 85 Mk. bares Geld in die Hände fiel. Rathen bei Deutsch-Billa. Mittwoch, den 19. Juni, abends 7 Uhr: Gemeindevorversammlung bei Birne in Rathen. Tagesordnung: 1. Bestätigung der Dorfstraße. 2. Antrag: Uebernahme der Privatstraßen von Klein-Seibau durch die Gemeinde. 3. Wiederbestellung des alten Wälfenrechts. 4. Antrag auf Eingemeindung von Klein-Seibau zu Deutsch-Billa. 5. Armensachen.

Der zwölfte Frauenabend

und Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, abgehalten. Genossinnen! Seid recht zahlreich zur Stelle, macht Euch an diesem Abend frei und geht in die Versammlungen. Zutritt haben nur Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.

\* Zum Gewerkschaftsfest am 14. Juli. Auch die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes haben am Mittwoch beschlossen, einen Festwagen zu stellen. Weitere Mitteilungen sind an J. Lozar, Wabigstraße 51, zu richten.

\* Ueber die Errichtung eines Erholungs- und Genesungshauses für schlesische Feuerwehrlente ist dieser Tage auf einer Konferenz des Provinzialverbandes der Feuerwehren in Reichenbach verhandelt worden. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Bildung eines Arbeitsschusses, in dem alle drei Regierungsbezirke vertreten sind.

\* Bekanntmachung. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß das bisher als öffentlicher Schuttabladeplatz zur Verfügung gestellte Kirchliche Grundstück an der Streblener Straße zu diesem Zweck nicht mehr benutzt werden darf.

\* Gründung einer Wassermesser-Abt. Wie die „Bresl. Ztg.“ meldet, ist am Mittwoch unter Mitwirkung der Maschinenfabriken, vorn. Gebr. Watzmann, N. G., Breslau, der Hydrometer, Breslauer Wassermesser-Fabrik, N. G., mit 1.000.000 Mk. Aktienkapital gegründet worden.

\* Straßensperrung. Wegen Umpflasterung wird die Kaiser-Wilhelmstraße zwischen Victoria- und Sabowallastraße vom 17. d. M. bis 27. Juli, die Freiburgerstraße zwischen Neue Hauptenstraße und Weinhausplatz wegen Umpflasterung vom 17. d. M. bis 17. Juli, wegen Verlegung von Gasröhren die Messergasse zwischen Neumarkt und Schindlerstraße ab dem 1. d. M. bis 6. Juli für Fußverkehr und Verkehr gesperrt.

\* Distrikt 9a (Dektor). Unser Fest, das wir am nächsten Sonntag, den 16. Juni, im Vergleiser veranstalten, ist kein Stiftungsfest, sondern ein Sommerfest.

Die Distriktsleitung. \* Achtung! Beton- und Zementarbeiter. Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal zum goldenen Schwan: Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufstellung eines Lohnzettel für die Beton- und Zementarbeiter. 2. Diskussion und Beschlußfassung.

Der Vorstand der Beton- und Zementarbeitersektion. \* Bau- und Maschinenschlosser. Sonntag, den 16. Juni, allgemeiner Familienausflug nach Petersdorf. Abfahrt vom Hauptbahnhof 10.30, Abfahrt vom Bahnhof Höpewitz 10.45. Es wird erwidert, die angegebenen Höhe zu bemessen. Für Fußgänger Treffpunkt früh 8 Uhr am Kleinbahnhof, für Radfahrer Treffpunkt früh 10 Uhr am Kleinbahnhof.

Die Brandsektion. \* Verband der Sattler und Porzellaner. Sonnabend, den 15. Juni, im „Gartenberg“, Kupferstraße 39, ist unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Da der Bericht über die Generalversammlung in München auf der Tagesordnung steht, wird das Erscheinen aller Kollegen erwartet.

Die Ortsverwaltung. \* Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung (Lichanisch und Umgebung). Durch Flugblatt macht die 6. Abteilung bekannt, daß morgen Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr in Klein-Tschansch bei Blah (früher Neulich) ein Schachturnier abgehalten wird. Diese Veranstaltung soll das wirkliche Leben und Treiben in einer Turnstunde veranschaulichen. Es ist daher den die Turnerei verlassenden Gelegenheiten geboten, sich von dem Wert des Turnens zu überzeugen. Die Abteilung hofft, daß dieser Abend gut besucht wird. Der Eintritt beträgt 10 Pf. Nach dem Turnen Tanzkränzchen. Turnstunden regelmäßig Mittwoch und Freitag 8 bis 10 1/2 Uhr im Saal und Garten des Herrn Blah. Der Abteilungs-Vorstand.

\* Arbeiter-Samariter! Die nächste Monatsversammlung wird Freitag, den 14. Juni, im „Wur auf der Orgel“, Kupferstraße 39, abgehalten. Da das Gewerkschaftsfest auf der Tagesordnung steht, ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. Der Vorstand.

\* Annahme eines öffentlichen Amtes. Wegen dieses Vergehens mußte am Mittwoch der Schmied Vincenz S. aus Oppeln vor der dritten Strafkammer erscheinen. Er hatte sich einer Prostituierten auf der Krullstraße als „Königlicher Schutzmann in Zivil“ vorgestellt und ihr eine Verhaftung in Aussicht gestellt. Was der Angeklagte damit eigentlich bezweckt hat, war nicht zu erfahren, weil das Gericht nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses die Öffentlichkeit während der Dauer der Vernehmung ausschloß. Das Gericht verurteilte den falschen Schutzmann wegen dieses „Scherzes“ zu 30 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis.

\* Ein juristischer Messerheld. Der 18. Jahre alte Messer Peter Kawaner aus Nieder-Oesterreich hatte sich am Mittwoch vor der hiesigen dritten Strafkammer wegen gefährlicher Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges, nämlich eines Messers, zu verantworten. Am 2. Mai d. J. ging der Angeklagte nach Döberau zur Tanzmusik, zu der sich viele junge Burschen und Mädchen aus den Nachbardörfern eingefunden hatten. Das Vergnügen endete gegen ein Uhr nachts. Beim Verlassen des Lokals geriet ein Freund des Angeklagten, der dem Alkohol fleißig zugesprochen hatte, mit dem ebenfalls nicht mehr ganz nüchternen Stellenbesitzer St. in Streit. Aus dem lauten Wortwechsel entstand gar bald eine Keilerei, in die sich Kawaner ganz unaufgefordert einmischte. Plötzlich zog er sein Taschenmesser aus der Hosentasche, klappte es auf, und stieß es dem Stellenbesitzer mit ziemlicher Wucht in die linke Schulter. Die Stichwunde erwies sich zum Glück als nicht lebensgefährlich, doch mußte der Verletzte vier Wochen lang das Bett hüten. Es ist sonst ständige Praxis der Gerichte, jeden Messerstich mit einem Jahr Gefängnis zu ahnden. Wegen des jugendlichen Alters und des damals angetrunkenen Zustandes des Angeklagten bemahf das Gericht die Strafe auf nur neun Monate Gefängnis.

\* Schwerer Straßenunfall. Auf der Hildebrandstraße ist am 11. d. Mts., vormittags, ein 1 1/2 Jahre altes Kind in einen schwer beladenen Rollwagen hineingekommen; es wurde umgerissen und überfahren. Der rechte Fuß des Kindes wurde bis zum Kniehöck vollständig zermalmt; der linke Fuß auch schwer verletzt. Samariter der Feuerwehre verbanden das Kind und schafften es nach dem Allerheiligenhospital.

\* Zusammenstoß. Am 10. d. Mts. vormittags stieß auf der Taschenstraße ein Rollwagen mit einem Straßenbahnzuge zusammen. Der Vorderperon des Motorwagens wurde eingedrückt; Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

\* Feuer. Wegen Gardinenbrände wurde die Feuerwehre am Mittwoch nachmittag kurz vor 4 1/2 Uhr nach Vorwerkstraße Nr. 14a, kurz nach 6 Uhr nach Matthiasstraße 152 und um 10 1/2 Uhr nach Herdammstraße 43 gerufen; in allen Fällen wurde der Brand mit der Gimerspritze gelöscht.

\* Taschendiebstähle. Auf dem Bahnhofs II des hiesigen Hauptbahnhofes wurde einer Frau von auswärts aus ihrer Handtasche ein Portemonnaie mit 15 Mk., am 8. d. M. nachmittags einem Fabrikbesitzer von außerhalb ebenfalls auf dem hiesigen Hauptbahnhofe ein braunes Lederportemonnaie mit bedeutendem Inhalt aus der Tasche gestohlen.

\* Verloren wurden ein Hundertmarkschein, 48 Mark in Gold und Silber, ein schwarzer Damenschirm, ein Handtäschchen mit Inhalt, ein Portemonnaie mit Inhalt und ein goldenes Armband.

\* Gefunden wurden ein Zehn- und ein Zwanzigmarkstück, 6 Mark bares Geld, zwei Augengläser mit Goldfassung, ein Sonnenhüte, eine Damenhandschuh mit Inhalt, zwei Brieftaschen mit Geld und eine Markttasche.

Der „erste Spatenstich“

um neuen Gewerkschaftshaus ist nun gelau. Nachdem am gestrigen Mittwoch der alte Zaun gefallen und durch den Bauzaun ersetzt war, folgte heut Donnerstag, den 13. Juni, der Beginn der Schachtarbeiten für die Vorderhäuser. Der Bau dürfte jetzt rasch vorwärtsschreiten und die Genossen und Gewerkschafter werden durch ihre Beiträge das Nötige tun, damit keinerlei Stockung und Schwierigkeiten eintreten.

Sparbeiträge werden jederzeit von Genossen Nach, Margaretenstraße 17, entgegengenommen.

Wichtige Parteiversammlung.

Heute abend wird im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Breslau abgehalten, deren Tagesordnung sehr wichtig ist. 1. Jahresbericht des Bildungs-Ausschusses. Referent: Genosse Löbe. 2. Moderne Konsumgenossenschaften. Referent: Genosse M. Kupprecht aus Erfurt. 3. Uebergangsbestimmungen zum Verteilungssystem. 4. Stellungnahme zur Stadtvorordnetenwahl. 5. Ausschlußanträge. Nur Mitglieder haben Zutritt; das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

\* Ein Notzettel aus Kleinschau. Aus dem Odetor wird uns geschrieben: Der wolkenbedeckte Regen, der Mittwoch am Spätnachmittag herniederregnete, hat uns in Kleinschau wieder die übliche Verkehrsperre gebracht. Beide Unterführungen, die im Zuge der Treibnißstraße und die der Döwitzerstraße waren wieder unpassierbar. Die schwarze Flut, die von den Mühlentümpeln herniederströmte, verstopfte wieder sämtliche Abflüsse, und von der vielaerhöhten elektrischen Pumpvorrichtung war nichts zu spüren. An der Döwitzer Unterführung war der Weg überhaupt nicht passierbar. Ein Kleinbahnzug riskierte zwar die Durchfahrt durch das schwarze Wasser; sein Nachstoß, der viele Kinder als Kahräder hatte, zog es vor, an der Kleinschauerstraße halt zu machen, dort die Zylinder aussteigen zu lassen und nach Rosental zurückzudampfen. Selbst die Leberbegünstigten waren gezwungen, von der Fahrstraße abzuweichen und mußten auf dem Bürgersteig entlang zu fahren verjucken. Ob es den Leidtragenden besonders erwünscht sein kann, daß ihre Töten in dieser Weise nach dem Friedhof transportiert werden, wollen wir dahingestellt sein lassen. — An der Treibnißstraße lautete das Wasser laut bis zur Höhe des Laufsteiges, und auf dieser schmalen Passage staute sich der ganze Verkehr mit den aus den Fabriken heimkehrenden Radfahrern und sonstigen Passanten, sodast selbst die anwesenden Polizeibeamten außer Stande waren, den Verkehrsordnungsmäßig aufrecht zu erhalten. Der Fußverkehr war fast ganz aufgehoben, und Kleinschau war, wie gesagt, wieder einmal vom Verkehr so gut wie abgeschnitten. Wann endlich wird es einmal anders werden?

\* Neues Breslauer Polizeipräsidium. Auch in diesem Jahre unterzieht eine Ministerialkommission die Räume des hiesigen künftigen Polizeipräsidiums einer Besichtigung und Prüfung, und am 10. d. Mts. wird sie diesmal in verstärktem Maße feststellen müssen, daß die gegenwärtige Unterbringung dieser Behörde durchaus unzulänglich ist. Nun ist neuerdings von besserer Seite ein beachtenswerter Vorschlag gemacht worden. Es verlohnt sich, daß das 11. Infanterie-Regiment in neue Kasernengebäude in Popelwitz verlegt werden soll; damit würde der jetzige Kasernenbau am Schwanditzer Stadgraben frei. Das Kasernengrundstück ist so groß, daß dort zum Beispiel ein besonderes Gebäude zur Wohnung für den Polizeipräsidenten errichtet werden könnte. Dort wäre auch das Polizeigeängnis unterzubringen, und durch Herstellung eines unterirdischen Ganges könnte eine Verbindung mit dem Landgericht und dessen Gefängnis geschaffen werden, sodast die Ueberführung von Strafgefangenen ohne jedes Ansehen erfolgen könnte. Auch sonst wäre es überaus günstig, daß Polizei- und Sozialamt, die in unmittelbarer Nachbarschaft sich befinden. Die Kasernenräume selbst sind zur Polizeibureau wie geschaffen, namentlich bedürfte es nur unbedeutender Veränderungen. Alles in allem ist dieser Vorschlag ein so beachtenswerter, daß zu hoffen steht, er werde auch an der entscheidenden Stelle volle Wirkung finden.

\* Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters im Schauspielhaus. Heute Donnerstag steht das Ensemble des Berliner Lessingtheaters unter Leitung des Direktors Dr. Otto Brahm sein Gastspiel mit Hermann Bahrs dreifaktiger Satire „Das Kränzchen“, das hiermit in Breslau zum ersten Male zur Aufführung gelangt, fort. Die Rollen liegen in den Händen der Damen Löffler, Busch, Albrecht und der Herren Marx, Reicher, Wasserbaum, Jorell, Biener, Loos, Nepler, Riehl, Fuchs, Sellwiger, Vorowski, Schulz und Müller. — Freitag findet das letzte Gastspiel des Berliner Lessingtheaters statt; zur Aufführung gelangt Henriksen's Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft“.

\* Gesamtgastspiel des Kölner Deutschen Theaters im Schauspielhaus. Sonnabend eröffnet das Kölner Deutsche Theater unter Leitung von Alfred Vernau sein Gesamtgastspiel mit dem neuen Schwank „Son Wund“ von Curt Kraag und Arthur Hoffmann. Der bereits angekündigte Motierabend mußte wegen Verhinderung eines ersten Stellens verschoben werden. — Sonntag wird „Son Wund“ wiederholt. — Montag bringt das Ensemble des Kölner Deutschen Theaters als erste literarische Neuheit das „Mysterium „Gawana“ von Eduard Sinden zur Darstellung. Der Vorderauf ist eröffnet. Für die Sommerveranstaltungen, die mit dem Gastspiel des Kölner Deutschen Theaters eröffnet werden, wird eine Vorbestellgebühr nicht erhoben.

\* Lieblichs Stabliement. Die Revue „Es tut sich was“ lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Theaterwelt auf sich, täglich kommen Besuchsanzeigen fremder Theaterdirektoren; am Dienstag war ein bekannter Berliner Direktor im Theater, der Fräulein Ewald einen Engagementsantrag machte, den Fräulein Ewald jedoch ablehnen mußte, da sie für das Unternehmen des Herrn Bender noch auf längere Zeit verpflichtet ist. Für den morgen, Freitag, angezeigten ersten rauschfreien Abend zeigt sich reges Interesse.

\* Viktoria-Theater. Auch gestern war das Viktoria-Theater wiederum ausverkauft, der Beifall war einmütig und stark. Namentlich wird Rudolf Lettinger als „Napoleon“ gefeiert, ebenso die kleine Kähler-Fischer als „der kleine König von Rom“. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Gastspiel „Napoleon und seine Frauen“ nur den Monat Juni währt. Am 30. Juni beschließt das Ensemble hier sein Gastspiel.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

\* Grlitz, 13. Juni. Die Folgen der Hartnäckigkeit. Die Aktien der Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei verloren am Mittwoch an der Berliner Börse 14 Prozent. Hierzu wird berichtet, daß der Streik der bei der Gesellschaft ausgebrochen ist, bis heute noch nicht beigelegt werden konnte, so daß die Fabrik anstatt mit der regulären Arbeiterzahl von fünfzehnhundert jetzt mit etwa neunhundert Arbeitern

sich begnügen muß. Infolgedessen ist es wahrscheinlich, daß die Produktion für das am 30. d. Mts. zu Ende gehende Geschäftsjahr recht erheblich hinter der des Vorjahres zurückbleiben dürfte (L. W. 14 Pros.).

Und doch behauptet die Fabrikleitung nach wie vor, daß der Streik so gut wie beendet ist. Man liebt also wieder einmal, wie die Öffentlichkeit getäuscht wird.

\* Deutscher, 13. Juni. Selbstmordversuch im Konzertsaal. Eine unliebsame Unterbrechung erlebte das Konzert im neuen Konzertsaal. Der Grubenarbeiter Urbanczyk aus Scharley schoß sich im Saale eine Kugel in die Brust, angeblich wegen verwehrter Liebe. Er wurde in das Knappschafflazarett gebracht.

\* Antonienhütte, 13. Juni. Töblicher Unglücksfall. Der Grubenarbeiter Volocel von der Gottessegengrube wurde von einem Förderwagen erfasst und derart heftig an den Kohlenstoß geschleudert, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

\* Eichenau, 13. Juni. Ein töblicher Trank. Die Ehefrau des Oberhäufers Raubisch von hier ließ eine Flasche mit Benzin, nachdem sie einige Sachen gereinigt hatte, auf dem Tische offen stehen und ging ins Nebenzimmer, um hier die geäuberten Sachen aufzuheben. Diesen Augenblick benutzte das 1 1/2 Jahre alte Kind, ergriff die auf dem Tisch stehende Flasche Benzin und trank hieraus. Schon einige Sekunden später war das Kind eine Leiche.

\* Krappitz, 13. Juni. Vom Pferde erschlagen. Das 1 1/2 Jahre alte Kind des Halbbarbers August Dytzel aus Zugella spielte mit einem etwas älteren Knaben aus der Dorfstraße vor dem Gehöft seiner Eltern. Plötzlich kam ein herrenloses Pferd aus der nebenan belegenen Weidung heraus, lief auf die beiden Kinder zu und schlug das Kind des Dytzel derart, daß es sofort tot war und nur als Leiche von dem Plage geschafft werden konnte.

Neueste Nachrichten.

Des Kaisers Dank.

Wien, 13. Juni. Gestern empfing der Kaiser das Präsidium des ungarischen Abgeordnetenhauses. Der Kaiser antwortete auf die Ausführungen des Präsidiums, daß er mit Hochachtung für die Selbstaufopferung und den moralischen Mut, den das Präsidium bekundet habe, erfüllt sei. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß die Haltung des Präsidiums ihren Lohn in der stetig gesicherten Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und darin finden werde, daß sich das Ansehen desselben vermehre. Nach der Audienz des Präsidiums wurde Graf Tisza in besonderer halbstündiger Audienz empfangen. Schmah auf's Bude!

Lärmende Kundgebung in Belgrad.

Belgrad, 13. Juni. Gestern versammelten sich etwa 150 Studenten vor dem Konak und veranstalteten eine lärmende Kundgebung. Es wurden Schmährufe auf König Peter und den Prinzen Georg ausgebracht. Die Polizei konnte gegen die Leute, die immer Zugug bekamen, nichts ausrichten. Deshalb wurde Militär geholt, das mit blanken Bajonetten vorging und die Versammlung zerstreute. Viele Personen wurden verhaftet.

Sieben Personen ertrunken.

Sabersleben, 13. Juni. Bei einer Bergungsfahrt, die von einer Anzahl Nordschleswiger und mehreren bei ihnen zu Besuch weilenden Dänen in Motorboot unternommen wurde, ereignete sich ein schweres Unglück. Das überfüllte Boot kam ins Schwanken und kenterte. Alle Anwesen stürzten ins Wasser. 7 Personen ertranken, die übrigen wurden gerettet. Die Ertrunkenen sind sämtlich Nordschleswiger.

Vom Blitz erschlagen.

Wien, 13. Juni. Während eines Gewitters schlug gestern der Blitz in die russische Grenzwahe in Salontegob bei Stralkowo. Zwei Offiziere wurden getötet und ein dritter betäubt.

Der Ausbruch des Katmai.

Köln, 12. Juni. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus New York: Aus Seward in Alaska melden Fischerboote: Der Ausbruch des Vulkan Katmai zerstörte 7 Fischerorte. 200 Personen sind umgekommen. In der Umgebung von Koblat herrschte infolge des dicken Nichtenregens eine vierstündige Dunkelheit. Der Pflanzenwuchs wurde zerstört.

Schweres Eisenbahnunglück.

New York, 13. Juni. Wie aus Atlanta im Staate Georgia gemeldet wird, hat sich bei Dalton ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, wobei hundertfünfzig Personen umgekommen sein sollen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with 10 columns: Station, Pegelst. in Meter, Pegelst. in Fuß, Regen, Schneefall, Schneehöhe, Wind, Temperatur, etc. Rows include stations like 13. e., 12. 6., Mittel, etc.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Station, 11. Juni, 12. Juni, 13. Juni. Rows include stations like nach Bresl., D. d., etc. and weather data like Luftwärme, Luftdruck, etc.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 13. Juni: Parteigeneral-Versammlung im großen Saale. Vater-Verband. Versammlung im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 14. Juni: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Wardzimmer. Gewerbegerichts-Beisitzer. Versammlung im Zimmer 1. Württicher-Versammlung. Abends 7 1/2 Uhr im Zimmer 2. Sonntag, den 16. Juni: Jollerer-Versammlung vormittags 9 Uhr. Schiffzimmerer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 2. Montag, den 17. Juni: Sängerbund. Ausschubstung im Zimmer 3. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7. L. S. 1.





## 8. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Am Mittwoch begannen die Verhandlungen mit der Erstattung des Berichts der Reichsberufskommission durch Sängers, Laub-Leipzig und Ungerer-München über fünf der Kommission übermittelte Beschwerdefälle. Bei einem dieser Fälle (König-Langenbielau) handelte es sich um Ausschluß aus dem Verband. Der Verbandstag entschied gegen wenige Stimmen, daß der Vorstand verfallene Ausschluß bestehen bleibt. Die vier übrigen Beschwerden handelten über Unterstützungsansprüche und auch diese wurden gegen ein paar Stimmen alle abgewiesen. Damit hat der Verbandstag alle an ihn gerichteten Beschwerdefälle im Sinne der Entscheidungen des Vorstandes und Ausschusses erledigt.

Darnach erhielt Paul Müller das Wort zum dritten Punkt der Tagesordnung:

### „Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes.“

Der Referent behandelte die Frage in einem großzügigen Referat, das den Verbandstag zu stürmischen Beifall hinriß sowohl in prinzipieller wie praktischer Hinsicht und betonte, daß der Verbandstag alle Ursache habe, der sozialdemokratischen Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung das vollste Vertrauen dafür zu prägen, daß sie stets das Interesse der Transportarbeiter im Parlament vertreten wird.

Während Paul Müller wirkungsvoll die Entwicklung schilderte und Ferdinand Lassalle als den großen Vorkämpfer für Sozialpolitik hievte, wurde ein prächtiger Kranz aus Lorbeer und roten Blüten auf das Podium getragen, der im Namen des Verbandstages für Lassalles Grab bestimmt ist.

Die folgende Resolution des Referenten bringt den prinzipiellen Gedankengang des Referats und die zu erhebenden praktischen Forderungen klar zum Ausdruck. Sie lautet:

„Der VIII. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes erklärt:

#### I.

Die Sozialpolitik ist nach proletarischen Begriffen eine Art Medizin zur Milderung sozialer, krankhafter Erscheinungen, die unserer unter dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaft schwer leidenden Gesellschaftskörper anhaften. Sozialpolitik, Arbeiterchutz und Sozialversicherung gemeinsam sollen in idealer, rechtlicher und materieller Hinsicht ausgleichend und lindern gegenüber den z. erdrückenden und ausbeuterischen Tendenzen des Kapitalismus und seinen Auswüchsen wirken.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung treibt eine kühnliche und durchgreifende Sozialpolitik, wenn wir sie von diesen Gesichtspunkten aus beurteilen und bewerten.

Wenn die im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierte Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterklasse seit Jahrzehnten mit nicht geringen Erfolgen eintritt für Lohnherabsetzungen, Arbeitszeitverkürzungen, Sonntagsruhe, Regelung des Arbeitsnachweises, Aufhebung des Kost- und Logisweises im Hause des Unternehmers bzw. bessere Logis und Beköstigung, humanere Behandlung, Demokratisierung der Betriebsleitung, Abschluß von Tarifverträgen, Förderung des Bildungswesens, Abschaffung von Betreibungen aller Art an Behörden und Parliamente, Übernahme der sozialen Fürsorge durch Schaffung und weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, so ist das eine eminent sozialpolitische Betätigung zum Zwecke der Reform unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der Verbesserung unserer ökonomischen Lebenslage überhaupt, die von jedem wahren Kulturfreunde nur zu begrüßen ist.

#### II.

Aber die Entwicklung und der heutige Stand unserer Lebenslage in rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökonomischer, also allgemein kultureller Beziehung führt uns immer wieder mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit des Eingriffs des Staates und seiner Gesetzgebung zur Befähigung bzw. Vinderung der sozialen Schäden und Sünden an unserem Gesellschaftskörper vor Augen, da die Gewerkschaften hierzu allein weder berufen noch in der Lage sind. Hier müssen sich wirtschaftliche und politische Aktion des Proletariats einander ergänzen.

Es liegt im Wesen des Kapitalismus und seiner ausbeuterischen Tendenzen begründet, daß seine Vertreter einerseits nach Billigkeit der Arbeit streben und sich andererseits nach Willkür und Profitgier gegen hinreichende Arbeiterrechte, Arbeiterchutz und soziale Arbeiterfürsorge wenden, soweit sie nicht durch kapitalistische Interessen, wenn auch nur beschränkt, bedingt sind. Sie handeln so, trotz aller modernen kapitalistischen

und technischen Entwicklung, trotz Kapital- und Betriebskonzentration, trotz steigender Produktion (Warenherstellung) und Distribution (Warenverteilung), und trotz steigender Profitrate. Diesem kulturwidrigen Vorgehen der Kapitalisten leisten Behörden, Regierungen und Parlamente andauernd Vorschub, trotz der ungeheuren Opfer an Leben, Gesundheit und Menschlichkeit, die der Kapitalismus in ständig steigendem Maße im heutigen Arbeitsprozeß von der Arbeiterklasse fordert. So hemmen die herrschenden Klassen den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, indem sie den sozialpolitischen Rückschritt fördern. Daher der Tiefstand und Stillstand unserer Sozial- und Arbeiterchutzgesetzgebung, trotz aller Erfolge, Thronreden, Proklamationen und bürgerlichen Wahlversprechungen.

#### III.

Besonders rückständig und unzugänglich ist das sozialpolitische Ergebnis der Gesetzgebung und ihre Ausführung, soweit sie auf die gesamte Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterklasse zu Wasser und zu Lande Bezug hat. Deshalb fordert der VIII. Verbandstag den Verbandsvorstand auf, unter Bezugnahme, Berücksichtigung und eventueller sachgemäßer Ergänzung der allgemein programmmäßig aufgestellten und Gewerkschaftskongressen festgelegten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse, und unter Hinweis auf die beschleunigten in der Anlage zu dieser Resolution zusammenfassend aufgestellten Sozialforderungen der im Deutschen Transportarbeiterverbande heute vereinigten Berufsgruppen, erneut, planmäßig und nachdrücklich die Initiative zu ergreifen, um die legislative Realisierung dieser Forderungen herbeiführen zu helfen.

#### IV.

Abgesehen von der Erweiterung und Anerkennung des Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit, erstrecken sich diese Forderungen auf:

1. eine durchgreifende und fortschrittliche Revision der geltenden Reichs- und Landesgesetzgebung;

2. die Einschränkung der sonderbehördlichen Nachsorgebefugnis und Willkür;

3. die Anerkennung einer normalen Gerichtsbarkeit;

4. die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit durch Anerkennung eines Normalarbeitstages;

5. ein Verbot bzw. die Einschränkung der Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit;

6. eine Erhöhung der Betriebssicherheit, d. h. erhöhter Schutz für Leben und Gesundheit durch Vermehrung der Arbeitskraft, Einführung moderner, technischer Sanitärer und hygienischer Hilfsmittel;

7. die Einführung und Anerkennung der staatlichen Betriebskontrolle durch angestellte Inspektoren und Assistenten aus Arbeiterkreisen;

8. das Verbot der heutigen Kost- und Logisweises, bzw. eine moderne Umgestaltung des Kost- und Logiswesens;

9. den weitgehendsten Schutz für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter unter Berücksichtigung ihrer abhülligen Leistungsfähigkeit und natürlichen Veranlagung;

10. die Anerkennung hinreichender Eisenpausen, generelle Durchföhrung des 8 Uhr-Laden-, Geschäfts- und Arbeitsstillschlusses und Einführung des 6 Uhr-Postschalters und Bahnschlusses;

11. Rücksichtnahme auf die Betriebsicherheit bei Einstellung fremdarbeitender Arbeiter und umfassender Maßnahmen zur Verhütung bzw. Einschränkung der Berufskrankheiten aller Art;

12. die staatlicherseits anzuerkennende Mitwirkung der Organisationsvertreter bei beruflich-statistischen Erhebungen und Erhebungen, Ausarbeitung und Begutachtung von Gesetzesentwürfen, Erlässen und Verordnungen.

#### V.

Die Durchführung unseres sozialpolitischen Programms und seiner Spezialforderungen machen Mitgliedern und Funktionären die laufende Sammlung, Sichtung und Verarbeitung dieser Entschlüsse hat Eingaben, Petitionen und Interpellationen an geeignete Vertreter in den Gemeinderäten, Landes- und Reichsparlamenten und diesen selbst zur Voraussetzung, zur deren Bearbeitung und Einreichung der Hauptvorstand ermächtigt wird.

Ueber seine sozialpolitischen Maßnahmen und ihren Ergebnisse hat der Hauptvorstand der Öffentlichkeit in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

In einer Anlage zu dieser Resolution sind dann die besonderen Spezialforderungen niedergelegt, die in Anlehnung an die 12 Punkte der Resolution für die Handels-, Transport-, Verkehrs-, Hafenarbeiter, Binnenwasserfahrer und Flößer und für die Seeleute entsprechend den besonderen Verhältnissen dieser Kategorien erhoben werden müssen. Sie lauten:

### „Der VIII. Verbandstag fordert:

#### I. Für die Handelsarbeiter:

1. Reichsgesetzliche Festlegung einer täglichen Normalarbeitszeit von neun Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und von acht Stunden für jugendliche Personen bis zu 18 Jahren;

2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen, von denen die Mittagspause in der Mindestdauer von zwei Stunden festzusetzen ist;

3. einheitliche Durchführung des 8 Uhr-Laden-, Geschäfts- und Arbeitsstillschlusses für alle Handelsbetriebe;

4. vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe. Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte Handelsgebiet;

5. Erlass von Vorschriften betreffend die hygienischen Verhältnisse der Arbeits- und Aufenthaltsräume;

6. Verbot der Verwertung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Transportarbeiter;

7. Errichtung von Handelsinspektoren analog der Fabrikinspektoren, unter Einziehung von im Beruf erfahrenen Arbeitern als Assistenten;

8. Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsinstitutes auf die jugendlichen Handelsbetriebe und Arbeiterinnen.

#### II. Für die Transportarbeiter:

1. Schaffung eines Maximalarbeitstages in geschlossener Arbeitsperiode:

a) von 10 Stunden für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen; b) von 8 Stunden für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren;

2. Unterbrechung der Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen von insgesamt 2 Stunden täglich;

3. die Zeit für Wahrung und Pflege der Pferde ist als Arbeitszeit zu betrachten;

4. vollständige Sonntagsruhe für alle Betriebe mit Ausnahme derjenigen, welche ihrer Natur nach und im öffentlichen Interesse Sonntagsarbeit bedingen. Fern in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen ist entsprechende Ruhezeit an Wochentagen zu gewähren;

5. Verbot der Lohnzahlung an Sonntagen;

6. Erlass von Vorschriften, durch welche die Anbringung fester Bremsen und sicherer Bremsen an allen Fahrzeugen durchgeföhrt, durch welche ferner den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete heizbare Aufenthaltsräume Sorge zu tragen;

7. Errichtung von Inspektoren analog den Einrichtungen der Fabrikinspektoren. Diesen sind Assistenten aus den Reihen der Arbeitnehmer des Berufs als Hilfskräfte beizugeben.

#### III. Für die Verkehrsarbeiter:

##### a) Kraftwagenführer.

1. Schaffung eines einheitlichen, den Verkehr für das ganze Reich regelnden Gesetzes;

2. gesetzliche Beschränkung der täglichen Arbeitszeit der Kraftwagenführer auf 8 Stunden. Gesetzliche Einführung einer ununterbrochenen Minimalruhezeit von 26 Stunden in der Woche;

3. gesetzliche Regelung einer Höchstgeschwindigkeit für Automobile in geschlossenen Ortschaften von 30 Kilometer pro Stunde;

4. die Fahrtscheinanzahlung soll nur durch Spruch der ordentlichen Gerichte erfolgen können;

5. behördliche Anordnung, daß an jedem Kraftwagen ein zuverläßig funktionierender, für den Fahrer stets kontrollierbarer Geschwindigkeitsmesser anzubringen ist;

6. Bildung von Zwangsagenossenschaften zwecks starker Entschädigung der Verkehrten.

##### b) Straßenbahner.

1. Stellung aller Straßen- und Kleinbahnangestellten unter die Reichsgesetzgebung;

2. Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden im Maximum;

3. Gewährung einer regelmäßigen zusammenhängenden 36-stündigen Ruhezeit in jeder Woche;

4. Stellung der Straßen- und Kleinbahnbetriebe unter ein Verkehrsinspektorat analog dem der Gewerbeinspektion;

5. Gleichbewertung der Berufskrankheiten mit den Betriebsunfällen und entsprechende Entschädigung derselben.

#### IV. Für die Hafenarbeiter:

1. Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages von 8 Stunden;

2. Verbot resp. Einschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit;

## Bildungswesen.

**Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse.** Der langsame Aufstieg der Arbeiterklasse aus der Nacht der tiefsten Not, des Elends, der Erniedrigung jeder Art, zu einem menschenwürdigen Dasein ist auch begleitet von einer Wandlung der Veranlagungen, der Art der Erholung, der sich der Proletarier in seinen Freizeiten hingibt. Während früher allgemein und bisher heute noch in zurückgebliebenen Gegenden das Wirtshaus den einzigen Anziehungspunkt im Leben des Arbeiters, der auch bei sommerlichen Spaziergängen das eigentliche Ziel darstellte, so wendet sich heute die durch ihre Organisation auf eine höhere Stufe gehobene Arbeiterklasse anderen, besseren Taugenheiten zu. Kunst, Wissenschaft, Sport hatten allmählich ihren Einzug in das Leben des Arbeiters, geben ihm einen reicheren, schöneren Inhalt und tragen ein gutes Teil zur körperlichen und geistigen Regenerierung der Arbeiterklasse bei.

Unter Nachbarland Oesterreich steht mit an der Spitze dieser Entwicklung. In einem sehr interessanten Artikel in den „Dokumenten des Fortschritts“ gibt Georg Schmeidel eine Uebersicht über die der körperlichen und schöpferischen Ausbildung dienenden Bestrebungen der österreichischen Arbeiterklasse. Beginnend wir mit dem Sport. Da gibt es zunächst 200 Radfahrervereine mit 7000 Mitgliedern, die in einem Bunde organisiert sind, der 26.000 Kronen Jahresbeitrag hat und seine Mitglieder gegen Unfall, Diebstahl des Rades, Grenzübertrittung usw. versichert hat. Der Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“ besitzt 147 Ortsgruppen, darunter 85 in Oesterreich (28 in Deutschland). Der Verein, der insgesamt 15.000 Mitglieder umfaßt, führt Bergbauten und Markierungen durch, errichtet Schutzhäuser und hat in seinen Ortsgruppen zum Teil ansehnliche Schätze an Büchern, Karten, Lichtbildern und Ausstellungsobjekten gesammelt. Die Wiener Ortsgruppe, mit 4800 Mitgliedern, besitzt zum Beispiel 4000 Lichtbilder. An viele Ortsgruppen haben sich Abteilungen für Winterport, Photographie, Naturwissenschaften angeschlossen; auch werden Ausflüge von Kindern und Schülereisen veranstaltet.

Die so gesunde Kunst des Schwimmens wird von dem Arbeiter-Schwimmverein in Wien gepflegt, der 800 männliche, 100 weibliche und 90 jugendliche Mitglieder zählt. Der

Verein plant die Errichtung eines Strandbades und eines Kinder-Ferienheims. Der älteste Arbeiterport ist vielleicht die Turnererei. Der „Oesterreichische Arbeiter-Turnerbund“ umfaßt 237 Vereine mit 12.470 Mitgliedern, unter denen auch eine Anzahl Frauen sich befinden.

Ganz gewaltig ist die von der Arbeiterklasse geleistete Bildungsarbeit. Im Jahre 1908 schuf sich die Wiener Arbeiterklasse eine eigene Organisation für diesen Zweck, der 344 Vereine mit 87.743 Mitgliedern angehören. Es wurden 34 Zyklen mit 2192 Teilnehmern, 71 Unterrichte mit 2696 und 3213 Einzelvorträge mit 70.000 Besuchern abgehalten. Auch in der Provinz wurden 121 Zyklen mit 3460 Teilnehmern abgehalten, außerdem 235 Einzelvorträge. Die Organisation gibt ein eigenes Blatt heraus: die „Bildungsarbeit“, das in einer Auflage von 2150 Exemplaren erscheint. Allein über Gesundheitspflege wurden 100 Vorträge abgehalten, die 7500 Zuhörer fanden. In 70 Kursen wurden die vier lebenden Arten der Kurzschrift gelehrt. Über die Arbeiterklasse bildet auch die Majorität der Teilnehmer an den nicht nur aus ihren Reihen hervorgegangenen Bildungsbewegungen. Sie stellte zu der Besucherzahl des Wiener „Volkshilfsvereins“ 30 Prozent. Von den 2000 Hörern der Volksuniversität waren sogar 80 Prozent Vertreter der arbeitenden Klassen. Dieses in Bezug auf Organisation und Lehrkräfte in ganz Europa einzig dastehende Institut vermittelt beginnend mit den Elementarkenntnissen das höchste Wissen auf allen Gebieten: Wissenschaft und zum Teil auch der Kunst (Malen, Modellieren). Endlich ist auch noch der von der Wiener Arbeiterstadt veranstalteten „Volkshilfskursen“ zu gedenken, von denen 16.975 Teilnehmern der letzten 10 Jahre 51 Prozent Arbeiter waren, während das Verhältnis bei den in der Provinz veranstalteten Kursen sogar ein noch günstigeres war.

Endlich kommen wir noch zu den rein künstlerischen Bestrebungen. Es gibt eine 239, die 7600 Mitglieder zählet und in deren Musikaufführungen, die von Tausenden der Arbeiter besucht werden, die besten Werke der Musikliteratur zur Wiedergabe gelangen. Ferner hat ein Komitee es sich zur Aufgabe gemacht, vier- bis fünfmal im Jahre klassische Konzerte mit den ersten Kräften zu veranstalten. Die im großen Musikvereinsaal zu Wien abgehaltenen Musikfeste wurden im verflochtenen Jahre von 10.800 organisierten Arbeitern besucht. Endlich ist noch die „Freie Volks-

schule“ zu nennen, deren 11.000 Mitglieder fast zur Hälfte Arbeiter sind, und die allwöchentlich in vier Schauspielsäulern gute Aufführungen klassischer und moderner Stücke, außerdem auch in jeder Saison eine Anzahl guter Konzerte bringt.

Auch die „Arbeiterheim“ selbst veranstalten Vorstellungen, die im abgelaufenen Jahre von 100.000 Personen besucht wurden.

Und dieses große Bildungswesen der österreichischen Arbeiterklasse beginnt schon bei der Jugend. 10.000 jugendliche Arbeiter sind in 170 Ortsgruppen vereinigt, deren Hauptaufgabe die künstlerische und wissenschaftliche Erziehung ihrer Mitglieder ist. So veranstalteten die 20 Wiener Ortsgruppen im Jahre 1910 368 Vorträge und 10 Exkursionen in öffentliche Institute mit 22.701 Teilnehmern. Im Winter finden künstlerische Gesamtveranstaltungen für alle Ortsgruppen statt; außerdem wird den jungen Leuten Gelegenheit gegeben, die Vorstellungen der „Freien Volkshilfs“ und sogar die des Hofburgtheaters zu besuchen, wofür letztjährig 4400 Karten zur Verfügung standen.

Auch dieser Jugend, der eine gute wissenschaftliche Kost, der die besten Konzerte und Theateraufführungen geboten werden, die durch den Besuch von Museen und Ausstellungen ihren künstlerischen Geschmack bilden, und außerdem in allerlei Sportvereinen sich einen geübten Körper zu gesunder Seele schaffen, nicht ein neues, höheres Arbeitergeschlecht erwachsen, das den Kampf um seine endgültige Emanzipation nicht ganz anderen Waffen aufnimmt, als die durch Not und Unwissenheit degenerierten Arbeitergeschlechter früherer Zeiten?

**Eine Reform der Arbeiterbibliotheken Wiens** wird jetzt energisch betrieben. Nach Referaten der Gewerkschaft Josef Quispel Stern und Abg. Winarsky stimmte eine von 240 Organisationsvertretern und Bibliothekaren besuchte Konferenz fast einmütig einem Programm zu, das die Errichtung einer dem Unterrichtsministerium angegliederten Zentralfstelle für das Bibliothekswesen verlangt. Die Zentralfstelle soll Besprechungen der Bibliothekare veranstalten, Ratsschlüsse für die Zusammenstellung der Bibliotheken und für die planmäßige Ergänzung der Bücherbestände geben und ein planmäßiges Zusammenwirken zwischen Vortragsstätigkeit und Bibliotheksarbeit herbeiführen. Im Herbst soll zum ersten Male ein Kurs zur Heranbildung tüchtiger Bibliothekare der Arbeiterorganisationen abgehalten werden.

3. Unterstellung sämtlicher Hafenarbeiter unter das Gesetz betreffend die Krankenversicherung (R.-V.-G.);
4. Einführung von Schutzbestimmungen und Vorschriften zur Verhütung von Unfällen durch die Reichsregierung;
5. die Berufskrankheiten sind den Betriebsunfällen gleichzustellen;
6. Verbot der Beschäftigung fremdsprachiger Arbeiter bei Schiff- und Landarbeiten, soweit sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind;
7. Anstellung von Gesundheitsinspektoren durch das Reich mit Funktion der Gewerbeaufsichtsberechtigten;
8. Anstellung von Assistenten für die Hafeninspektoren aus den Kreisen der Hafenarbeiter bei deren Ausmaß die Berufsorganisation heranzuziehen ist;
9. Einführung sanitärer Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, insbesondere auch bei Unfällen;
10. Beschaffung von Aufenthaltsräumen für die Hafenarbeiter, auch an Bord der Schiffe.

**V. Für die Winenschiffer und Fischer.**

1. Revision des Winenschiffahrtsgesetzes im arbeiterfreundlichen Sinne;
2. Unterstellung der Schiffsbesatzung unter die Gerichtsbarkeit der Gewerbebehörde;
3. Erlass von Vorschriften für die Strompolizei und die Besatzung der Schiffe und Boote durch die Reichsregierung;
4. Anstellung von Aufsichtsbeamten durch das Reich zur Kontrolle über die Erfüllung der Strompolizeibestimmungen und Besatzungsvorschriften;
5. Anstellung von Schiffsärztlichen Assistenten der Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Schiffer und Fischer unter Mitwirkung der Berufsorganisation;
6. gesetzliche Festlegung einer Mindestnachtrahzeit bei der Besatzungsschiffahrt von mindestens 8 aufeinanderfolgenden Stunden, für die Küsterschiffahrt beim Löschen und Laden von mindestens zehn aufeinanderfolgenden Stunden, innerhalb 24 Stunden. Ruhezeit muß in die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fallen;
7. eine gesetzlich festgelegte Sonntagsruhe von 36 aufeinanderfolgenden Stunden; bei der Personen-Schiffahrt und im Jahrbetrieb ist während der Sommermonate jeder dritte Sonntag oder jede Woche ein Werktag als Ruhetag freizugeben;
8. die Berufskrankheiten sind den Betriebsunfällen gleichzustellen.

**VI. Für die Seeleute.**

1. Die Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 ist gemeinsam mit den Nebengesetzen und ihren Einführungsbestimmungen alsbald einer durchgreifenden fortschrittlichen Revision zu unterziehen, soweit insbesondere die Vertrags-, Disziplin- und Strafbestimmungen in Frage kommen;
2. neben den Seemannsämtern im In- und Auslande (deren kollegiale Zusammenfassung im Inlande gefordert wird) sind Seeschiffengerichte nach Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für die seemannische Rechtsprechung zu errichten. Außerdem fordert der Verbandtag die Errichtung von besonderen Arbeitskammern für den gesamten Schiffsahrtsbetrieb;
3. ein Reichsbesatzungsgesetz und Verbot der Anmusterung von farbigen und sonstigen ausländischen Seeleuten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind;
4. Einübung und Anerkennung der behördlichen Schiffsfahrtskontrolle unter sachgemäßer Mitwirkung der Seeleute. Schaffung eines Reichsschiffahrtsamtes und zentralisierender Lokalbehörden. Behördlicher Erlass der Unfallverhütungsvorschriften;
5. reichsgesetzliche Regelung der Tief- und Leichtladelinie;
6. eine reichsgesetzliche Festlegung der Speisestelle unter Berücksichtigung der nahrungsmittelmäßigsten und gesundheitlichen Anforderungen;
7. reichsgesetzliche Einführung der obligatorischen seemannischen Krankenversicherung;
8. Ausbau der seemannischen Sozialversicherung; Erhöhung ihrer Leistungen unter hinreichender Berücksichtigung der seemannischen Berufsgefahren und Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den Betriebsunfällen;
9. Gleichstellung der Seeleute mit den gewerblichen Arbeitern im allgemeinen öffentlichen und politischen Recht; insbesondere sind Maßnahmen zu treffen, um den Seeleuten die Möglichkeit der Stimmabgabe bei politischen Wahlen zu schaffen.

An die Profilierung dieses sozialpolitischen Programmes des Verbandes schloß sich eine impulsiv geführte Diskussion, befruchtet von täglich im Verus tätigen Kollegen, die zum Teil ein geradezu entsetzliches Bild trauer Mißstände, besonders aus der Binnen-Schiffahrt und aus dem Fischer- und Seemannsleben, zeichneten: Ueberlange Arbeitszeiten; Arbeitszeiten, die aus Protesten gehen, bei denen nicht einmal am Sonntag eine Ruhepause eingelegt wird; schlechte Logisverhältnisse, besonders an Bord, und schlechte Ernährungsverhältnisse. Es wird Aufgabe der Delegierten sein, in ihrer Heimat das Material zu sammeln, zu begründen und daselbe dem Vorstande zur Stellung zu übersenden, damit dieser es in zweckmäßiger Art und Weise den gesetzgebenden Instanzen zum Eingreifen unterbreiten kann. Von einigen der vertretenen Gruppen wurden Ergänzungen zu der Anlage begründet, die von Seeleuten, Kraftwagenführern, den Ausschüßern der verschiedensten Arten ausgingen.

Kaul Müller machte in seinem Schlusswort den Vorschlag, diese Ergänzungsanträge in entsprechender Gruppierung durch die Redaktionskommission in die Anlage zur Resolution hineinarbeiten zu lassen und dann morgen über das Gesamtprogramm abstimmen zu lassen.

Diesem Vorschlage wurde zugestimmt. Schumann gab bekannt, daß den Eisenbahnern Gelegenheiten gegeben wird, auf einer besonderen Tagung ihre Spezialforderungen aufzustellen und diese dann in das allgemeine Programm aufgenommen werden.

Eine Anzahl Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen, die befragen:

1. Der Vorstand möge Mittel und Wege ausfindigmachen, um eine baldige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für die Privat- und Geschäftswagenchauffeure herbeizuführen;
2. im Interesse der Berufschaffere den Schifanern der Polizeibehörden, besonders das Abstoppen der Kraftwagen über 25 Kilometer und weniger betreffend, wirksamer als bisher entgegenzutreten;
3. Schritte unternehmen, daß dem Reichstag so bald wie möglich ein Gesetzesentwurf unterbreitet wird, der die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe fordert;
4. sich unverzüglich mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verbindung zu setzen zwecks Revision der Seemannsordnung und zu diesem Zweck eine Denkschrift an den Reichstag zu richten;
5. sich mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verbindung setzen zwecks Erlass von besonderen Schutzbestimmungen für die in der Kesselreinigungszweiganze beschäftigten Arbeiter;
6. in Höhe an die gesetzgebenden Körperschaften einen Antrag richten, daß bei Beförderung von Lasten (Getriebe, Wehl etc.) für eine Person das Höchstgewicht dieser Lasten 25 Kilo nicht übersteigen darf.

Darnach wurden die Verhandlungen auf Donnerstag verlag. Abends hält die sogenannte „Fakulta“, das ist die fakultative Unterstufungsbeirichtung des Verbandes, ihre Generalversammlung ab.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete. Hungernde Landarbeiter.**

Der freisinnige Redakteur Richter zu Weiskammer hatte in der letzten Reichstagswahlkampagne im Laufe einer Rede auf die schlechten Löhne hingewiesen, die die Mitterquersbesitzer zahlen. Stundenlöhne von 20-18 Pfennig seien bei ihnen Regel. Infolge ständischer konservativer Justizentwürfe in einer Versammlung hatte Richter schließlich den Namen eines Mitterquersbesizers, des Generalleitnants A. D. v. Altrud aufgeführt, preisgegeben. Die Folge war, daß der Staatsanwalt im öffentlichen Verstoß eine Anklage gegen Richter erhob. Der Angeklagte wurde vom Schöffengericht zu Weiskammer unter zufälliger Mitwirkung von zwei Amtsvorstehern als Schöffen wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Landgericht Würtz hat dieses Urteil jetzt aufgehoben und Richter freigesprochen. Es wurde vor dem Gericht darauf hingewiesen, daß Richter selber Stundenlöhne von 16 Pfennig beschreiben habe; die weltlichen Arbeiter erhielten nach seiner eiblichen Aussage sogar nur 10 Pfennig Lohn. Es sei also für die Hauptfrage — die Anklage habe sich nach auf einen anderen mehr belästigten Punkt gerichtet — der Wahrheitsbeweis erbracht. Dem Angeklagten stehe durchaus der Schutz des § 193 zur Seite, den das Amtsgericht in Weiskammer ihm versagt hatte.

In dem freisprechenden Urteil wird begründend ausgeführt, der Angeklagte habe sich in keiner Weise formell vergangen, es sei ihm auf die Sache, nicht auf die Person angekommen; er habe hauptsächlich feststellen wollen, daß mit den Stundenlöhnen, wie sie Mitterquersbesitzer seines Wahlkreises zahlen, die Arbeiter hungern müßten.

Das ist eine bittere Wahrheit, die den Martern noch lange in den Ohren klingen wird, denn nicht nur in unserer engster Heimat, sondern im ganzen Reiche werden mit wenigen Ausnahmen Hungerlöhne gezahlt.

**Oslan, 12. Juni. Ertrunken.** Dienstag nachmittags ertrank in der Oder in der Nähe der Badeanstalt der 12jährige Gymnasialschüler Bentzschel. Er hatte sich unbeobachtet eine Gondel von der Badeanstalt losgemacht und fuhr, trotzdem er des Schwimmens unkundig war, einige Yuhnen Stromauf. Die Gondel kippte und der Schüler sank sofort unter. Trotzdem sofort an der Stelle Tauchversuche vorgenommen wurden, konnte die Leiche bisher noch nicht gefunden werden. Der Ertrunkene ist der Sohn eines Försters aus Pirchberg und wurde hier in Klein-Tiergarten bei den Großeltern erzogen.

**Schweidnitz, 13. Juni. Ergebnis der Industrie- und Gewerbeausstellung.** Die jetzt fertiggestellte Schlussrechnung der Schweidnitzer Industrie- und Gewerbeausstellung hat nicht das erwartete Ergebnis gehabt. Es wird damit gerechnet, daß die Garantiesondenznehmer mit 41 Prozent ihrer angegebenen Summe herangezogen werden müssen. Falls die Stadt Schweidnitz und der Provinzialverband von Schlesien ihre Garantiesummen von 20 000 bzw. 5000 M. voll zahlen würden, würde sich der Prozentsatz um 10 Proz. verringern.

**Schweidnitz, 13. Juni. Sittlichkeitsverbrechen an einer Geisteskranken.** Aus der Untersuchungsanstalt vorerklärt wurde der bereits wiederholt verurteilte 41 Jahre alte Bertram August Schmidt aus Altrud, der sich wegen vollendeter Mordtats in zwei Fällen zu verantworten hatte. Die unmoralischen und verbrecherischen Handlungen verübte der Angeklagte, der verheiratet und Familienvater ist, an seiner eigenen Schwägerin, der geisteschwachen Ida Wäcker aus Altrud, und zwar zum Teil unter Anwendung von Gewalt. Die Verhandlung, die unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus; außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von vier Jahren abgesprochen. Dem Angeklagten wurden zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

**Reichenbach, 12. Juni.** Eine sonderbare Testamentsache brachte der Stadtverordnetenvorsteher in der letzten Stadtverordnetenversammlung zum Vortrag. Ein Fürstlich in Berlin verstorbenes Fräulein Theresia Großmann hatte vor längerer Zeit ein Testament gemacht, laut welchem die Stadt Reichenbach 50 000 Mark unter der Bedingung erben sollte, daß die Jüden armen in zwei Familien in gute Familien sollten. Vor einigen Jahren machte die Erblasserin ein neues Testament, in dem der Stadt Reichenbach nicht mehr gedacht wurde; dagegen sollte ein erheblicher Teil des Vermögens dem St. Hedwigskranken in Trebnitz zukommen. Das letzte Testament ist zwar notariell aufgesetzt, doch enthält es soviel närrische Bestimmungen, daß man annehmen muß, die Dame sei geistesgestört gewesen. Sie bestimmte u. a. den Papst als Testamentsvollstrecker und ihre Leiche solle nach dreitägiger Kühlung in Begleitung eines Käffigs mit ihren Tauben an das Römische Reichsgericht" gesandt werden. Die Stadtverordneten-Versammlung nahm Kenntnis von dem Testament. Es kommt darauf an, ob das letzte Testament für ungültig und das erste für gültig erklärt wird. Die Hinterlassenschaft beträgt gegenwärtig nur 43 000 M. Die Alerikalen werden schon alle Mittel anwenden, um den armen Weberfamilien dieses Legat freizig zu machen.

**Striegau, 13. Juni. Lohnbewegung im Bezirk Häslich-Tägendorf.** Die Granitarbeiter im Bezirk Häslich-Tägendorf haben vor einigen Wochen eine umfangreiche Tarifvorlage eingereicht. Am 6. Juni haben die Schlussverhandlungen stattgefunden. Es konnte erstmalig für 850 Steinarbeiter ein Tarif zum Abschluß gebracht werden. Damit ist in jenem Gebiete mit einem Schläge das wilde Alfordsystem beseitigt; überdies konnten noch wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter herausgeholt werden. Die Schiedsgerichtsordnung, die im großen Bezirk Striegau Gültigkeit hat, wurde ebenfalls in Häslich zur Anerkennung gebracht. Es ist bezeichnend, daß noch vor drei Monaten die Unternehmer glaubten, durchgehen zu können, daß ein Tarif nicht zum Abschluß kommen würde. Die Organisation der Arbeiter hat in den letzten Monaten im schlesischen Bezirk außerordentliche Fortschritte gemacht. — In Raltshaus konnten in den Provinzialwerken etwa 150 Mafelsteinarbeiter ebenfalls einen günstigen Lohnvertrag zur Anerkennung bringen. Die Lohnerhöhung beträgt pro Jahr und Mann circa 100 Mark. Mit der Firma Kramer sind die Tarifverhandlungen im Gange. Eine Einigung steht zu erwarten.

Nach Dürrensdorf (Kreis Meise) haben die Steinarbeiter Bezug streng fernzuhalten. Die Firma Jacobowich hat jedes Lohnzusammenhang abgelehnt.

**Striegau, 13. Juni.** Eine Arbeitertragödie. Das Schöffengericht in Schweidnitz verurteilte den Steinarbeiter Franz Sander aus Järschau wegen wissenschaftlichen Mordmordes zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte war am Morgen des 1. Mai vorigen Jahres wegen eines Unfalls zum Arzt gegangen und auf dem Rückwege lebte er in das Gasthaus „Zu den drei Bergen“ in Striegau ein. Dort traf er den Stellenbesitzer Rabe und den Steinmetz Kramer und als dritter gestellte sich der Steinarbeiter Hermann Koch aus Litzau hinzu. Sander war mit Kramer in Streit geraten und im Verlauf desselben war letzterer von Sander geschlagen worden. Aus diesem Streit entwickelte sich aber eine Anzahl Prozesse, die sich zum Teil in Striegau vor dem Schöffengericht, teils in Schweidnitz vor der Strafkammer und vor dem Schöffengericht abspielten. Nach An-

sicht der Anklagebehörde leisteten sich Koch und Sander in diesen Prozessen Gekörbdenste und diese Auffassung wurde von den Gerichten auch bestätigt. Wegen der Körperverletzung hatte sich Sander zunächst vor dem Schöffengericht in Striegau, später vor der Strafkammer in Schweidnitz zu verantworten, und in allen diesen Prozessen sollte der als Zeuge auftretende Koch zugunsten des Angeklagten einen Meineid geleistet haben. Er wurde deswegen unter Anklage gestellt und das Schöffengericht in Schweidnitz verurteilte ihn in der Sitzung vom 23. Januar zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Am Sonntag abend miferfuhr nun Sander, wie entsetzt schon mitgeteilt, daß gleiche Schicksal und zwar sollte er in der Schöffengerichtsverhandlung gegen Koch ebenfalls zu dessen Gunsten einen Meineid geschworen haben. In beiden Prozessen handelte es sich um den Vorfall vom 1. Mai, und Rabe und Kramer, die nach ihren eigenen Angaben an jenem Morgen bereits für 80 Pfennige Schuttschutz getrunken hatten, waren die Hauptbeteiligten. Der Antrag des Verteidigers, Justizrat Mannreth aus Breslau, die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Schöffengericht der nächsten Sitzungspetode zu verweisen, da der Spruch der Geschworenen ein Irriger sei (§ 317 der Str.-P.-Ord.) wurde vom Gericht abgelehnt.

**Grafau, 13. Juni. Verschiedenes.** Ein mit einer hiesigen Gastwirtschaftler verlobter junger Mann, der mit seiner Werbung von den Eltern zurückgewiesen wurde, griff zum Revolver und brachte sich, nachdem er in der Wohnung der letzteren einen schlafgegangenen Schuß auf den Vater des Mädchens abgegeben hatte, mit demselben selbst eine leichte Verwundung bei. — In Gemeinschaft mit einem in demselben Hause wohnenden 18jährigen Mädchen versuchte ein Ehemann seine im Bette liegende Frau mittels eines Stricks zu erdrosseln. Er soll mit dem genannten Mädchen in gewisse Beziehungen getreten sein. Auch der Vater desselben wurde verhaftet. — In dem benachbarten Döse Graben und in Gable bei Herrstadt haben zwei Schulmädchen bereits Mutterfreuden erlebt. Gewiß ein bezeichnendes Bild für die immer sozial gelähmte „Unschuld vom Lande“.

**Grünberg, 12. Juni.** Ein entarteter Patron. Dieser Tage Abends wurde der hiesigen Volkstheater, daß der Arbeiter Hermann Hallmann seit 3 Wochen als Kind totgetreten und seine Ehefrau schwer mißhandelt habe. Die Ermittlungen ergaben, daß die Ehefrau der größten Mißhandlung ausgesetzt gewesen war und daß der Unmensch mit seinem drei Wochen alten Kinde buchstäblich Fußball gespielt hatte. Das bedauernswerte Geschöpf blieb einige Zeit bestimmungslos liegen, erholte sich jedoch später wieder. Hallmann wurde verhaftet.

Wir beweisen, daß Hallmann die Tat im Vollbewußtsein geistigen Kräfte verübt hat, denn so roh, gemein und herzlos kann ein gesunder Mensch unmöglich sein.

**Bunzlau, 13. Juni.** Jugend von heute. Der hiesige „Courier“ berichtet: In einem benachbarten Städtchen ereignete sich bei der kürzlich erfolgten Aufnahme der Schulschüler folgende heitere Zwischenfall: Nachdem der Lehrer die verschiedensten Fragen an die Neuaufgenommenen gerichtet hatte, fragte er, ob sie auch singen könnten. Freudig bejahen sie das und unaufgefordert stimmte alsbald ein dicker Wirtshaus die Weise an: „Dah mich die Weiber so gerne wollen, wer kann dafür? Wer kann dafür?“ Der Solist blieb nicht allein, die meisten sangen mit, daß es nur so durch den Schuljahr hallte.

**Posen, 13. Juni.** Zusammenstoß zweier Lokomotiven. Auf dem Hauptbahnhofe stießen zwei Lokomotiven zusammen. Die eine entgleiste. Der Lokomotivführer Koltermann wurde lebensgefährlich, der Feizer Krause leichter verletzt.

**Wotnik (Posen), 13. Juni.** Bei der Brandkatastrophe, die in der Nacht zu Sonnabend die Dirschaft Wotnik heimsuchte, sind, wie jetzt feststeht, fünf Personen um das Leben gekommen. Es handelt sich dabei um einen Mann und vier Kinder. Für die Abgebrannten hat bereits eine Hilfsaktion eingeleitet. Die Obdachlosen haben zum Teil Aufnahme bei den vom Feuer verschont gebliebenen Besitzern gefunden.

**Bromberg, 13. Juni.** Säbelhiebe für Schaulustige. Am Sonntag hatte der Verein für Luftschiffahrt ein Schauliegen veranstaltet. Zur Abperrung des Platzes waren Grenadiere abkommandiert. Mit einigen Schaulustigen gerieten die Soldaten in Streit, wobei die Soldaten die Säbel zogen und einen Mann am Arm verletzten. Vielleicht hätte etwas mehr Nachsicht von beiden Seiten genügt, diese Zwischenfälle zu vermeiden.

**Platz, 13. Juni.** Opfer des Jähzornes. Auf dem Rückwege von der Anmusterung in Bromberg kamen der Zimmermann Gehrke und der Maurer Golz in Streit. Gehrke zog plötzlich sein Messer und tötete den Golz durch einen Stich in den Hals, der die Schlagader traf. Gehrke ergriß die Flucht.

**Kosmar t. Posen, 13. Juni.** Typhusepidemie. Seit einiger Zeit tritt hier wieder in verstärktem Maße diese heimtückische Krankheit auf. So sind jetzt schon einige Straßen als verunreinigt zu betrachten. Von den Erkrankten sind auch schon zwei verstorben. Die Epidemie wird auf das in einzelnen Brunnen nicht ganz einwandfreie Wasser zurückzuführen sein. Trotzdem die Behörden alles daran setzen, um den Verh der Seuche zu verhindern, muß das Verhalten der Militärbehörde Befremden erwecken. So sind jetzt für Ende des Monats Juni verschiedene Einwohner, sogar darunter solche aus verunreinigten Straßen zur Übung eingezogen worden. Entweder weiß die Militärbehörde von der Krankheit nichts, dann möge es ihr hiernit gesagt sein, oder aber man nimmt den Ausbruch der Typhusepidemie nicht so ernst.

**Arbeiterbewegung.**

**Tarifabschlüsse im Steinbrudgewerbe.**

Der Verband der Lithographen und Steinbruder hat bereits mit zahlreichen Betrieben feste Tarifverträge abgeschlossen, die sich in mehreren Fällen sogar auf sämtliche Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke erstrecken. Jetzt werden wieder eine Reihe abgeschlossener Tarife bekannt gegeben. — In **Mschersleben** wurde mit den beiden Firmen P. C. Westhorn und Georg Gerson ein Tarifvertrag vereinbart mit der Gültigkeitsdauer bis 1. April 1915. Festgelegt wurde eine Arbeitszeit für Lithographen 48, für Steinbruder 53 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn beträgt pro Woche 25 M., Maschinenmeister an Rotationsmaschinen erhalten nach halbjährlicher Lehrzeit eine Zulage von 3 M. und mindestens 85 M. pro Woche. Nach einem weiteren Jahr wird eine weitere Zulage von 2 M. gewährt. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Verbesserungen. Ähnliche Tarife wurden in Magdeburg mit der Firma Hugo Westhorn in Elberfeld mit der Kunststadt Koch u. Palm und in Wald bei Solingen mit der Westdeutschen Großdruckerei Woffen Söhne abgeschlossen.

**Briefkasten**

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags.  
**S. Rathschaffrahe.** Die Sachen der Frau Können wegen der Steuern des Mannes nicht gepfändet werden.  
**S. R. 154.** Die Beihilgen, die in Breslau wohnen, aber auswärts arbeiten, sind nicht gehalten, die Fortbildungsschule in Breslau zu besuchen. Das wird durch § 2 des Ortsstatuts ausdrücklich bestimmt. Also der von Ihnen bezeichnete Beihilgen muß nicht die Schule besuchen.